PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 20. Januar 1915. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Bibliothek der Königsberger Handelshochschulkurse.

Helfferich.

Noch ist der Krieg nicht entschieden. Wir wissen eigentlich nur erst, daß wir ihn nicht mehr verlieren können. Diese sichere Zuversicht werden uns selbst die zur Selbstberuhigung immer neu aufgelegten Lügen der englischen und französischen Presse und die hämischen Glossen mancher neutralen Preßorgane nicht mehr rauben. Wie auch der Ausgang des großen Völkermordens sein, wann wir wenigstens zum Atemholen vorübergehend die Waffen ruhen lassen können, das alles liegt noch ebenso sehr im Schoße der Zukunft verborgen, wie das künftige Aussehen der Landkarte Europas. Aber wenn bisher nur die Generale zu Wort kamen, so scheint langsam doch auch sich das Eingreifen der Staatsmänner vorzubereiten. Es liegt irgendeine interessante Wendung der Dinge in der Luft, denn nicht anders ist die große Musterung zu erklären, die unter den Diplomaten und Ministern der Zentralmächte abgehalten wird. Man weiß, daß ganz besondere Anforderungen an die verantwortlichen Repräsentanten der Staaten gestellt werden müssen und man sucht sich nun frühzeitig genug zu überzeugen, ob die geistigen Monturen noch frisch und blank genug erscheinen, um ihre Träger vor die Oeffentlichkeit stellen zu können. Freilich nicht jeder, an dessen Fähigkeiten man zweifelt, ist zu entfernen. Es sprechen da tausend Rücksichten mit, die man meines Erachtens nicht nehmen sollte, die aber immerhin, wenn man sie nimmt, nicht unbegreiflich erscheinen. Jedenfalls hat Oesterreich-Ungarn eine gewisse dort sonst nicht immer vorhandene Energie bewiesen, als man — für Eingeweihte wohl seit einigen Tagen vorausgesehen, für die große Masse aber sicher sehr überraschend — mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten wechselte, ohne irgendwelche Rücksichten auf den Eindruck zu nehmen, den das hervorrufen mußte. Ich will mich über die Verdienste und Fähigkeiten des Grafen Berchtold und über die Wertung seines Nachfolgers, des Barons Burian, hier nicht näher auslassen. Auf alle Fälle war dieser Wechsel ein Zeichen dafür, daß irgend etwas geschehen soll, und zwar etwas, das bereits dem Stadium der Vorbereitung entreift ist.

Ein ähnlicher Eindruck wurde dadurch für Deutschland hervorgerufen, daß hier — beinahe noch überraschender als der österreichische Vorgang — ein Wechsel im Staatssekretariat des Reichsschatzamtes eintrat. An und für sich hätte es sich hier um eine Sache von politischer Bedeutung ja nicht zu handeln brauchen, denn Staatssekretär Kühn, der vor zwei Jahren als Wermuths Nachfolger ins Amt kam, ist wirklich krank und erholungbedürftig, wovon sich jeder, der den freundlichen alten Herrn in letzter Zeit sah, überzeugen konnte. Was war da natürlicher, als daß man ihm rechtzeitig einen Nachfolger bestellte, der bereits jetzt die Möglichkeit bekam, sich auf die Arbeitlast der kommenden Tage vorzubereiten. Aber was diesen Wechsel zu größerer politischer Bedeutung erhebt, ist die Persönlichkeit des gewählten Nachfolgers. Wir haben so lange wie das deutsche Reich besteht, nicht viel ausgesprochene Individualitäten auf dem Sessel des Reichsschatzsekretärs gehabt. Auch Herr Kühn, der scheidende Mann, ist kein ideenschwangerer Geist. Aber Herr Kühn war, wie die meisten seiner Vorgänger, in bestem Sinne tüchtig. Er hatte eine lange, praktische Erfahrung im Amt hinter sich und hat in der Ausarbeitung und Durchsetzung der

letzten Rüstungvorlagen eine starke Talentprobe abgegeben. Eine Talentprobe, die um so bemerkenswerter war, als die Reichsregierung mit dem Wehrbeitrag Wege ging, die durchaus außerhalb der früher immer gegangenen ausgetretenen Pfade lagen. Die alte Exzellenz würde zweifellos auch für den zukünftigen Finanzbedarf Deckung gefunden haben. Ebenso wie jeder in deutscher Beamtentüchtigkeit gestählte Nachfolger. Nun aber hat man einen ganz neuen Mann berufen, an den sicher nur wenige vorher gedacht haben: den bisherigen Direktor der Deutschen Bank und früheren Wirklichen Geheimen Legationsrat in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes (die zur Zeit von Helfferichs Tätigkeit noch nicht zum eigenen Amt erhoben worden war) einen Springer, der nicht die Ochsentour gelaufen ist, der bei Brentano und Lotz theoretisch gelernt, bei Siemens, Bamberger und Richard Koch praktisch in die Mysterien des Bank-, Geld- und Währungwesens eingeweiht worden ist, der mit den Liberalen bis zu Theodor Barth politisch versippt und doch gleichzeitig Professor für Kolonialpolitik an der berliner Universität und Beamter im Auswärtigen Amt war und der schließlich aus dem Beamtenstaat über die Direktion der Anatolischen Bahn in eine leitende Stellung bei unserem ersten Bankinstitut gelangte. Gleichzeitig einer, der schon als Beamter angefangen hatte, Bankier zu sein und der als Bankdirektor nie ganz aufhörte, Diplomat und Beamter zu sein. Er war als Bankdirektor stets einer von den ganz Wenigen, die die Kompliziertheit internationaler Finanzgeschäfte beherrschen, die also sehr schwer ersetzlich sind und er war gleichzeitig der unersetzliche Einzige, den das Reich für schwierige internationale Missionen mit finanziellem Einschlag verwenden konnte. So sah man Herrn Helfferich schon in Friedenszeiten recht oft in der Wilhelmstraße, wo die Geschicke des Deutschen Reiches gelenkt werden und sah ihn noch öfter seit Ausbruch des Krieges dort, sowie auf dem Gouvernement in Belgien und im Hauptquartier des Deutschen Kaisers. Die Wahl eines solchen Mannes beweist, daß man vom künftigen Reichsschatzsekretär etwas verlangt, das bei aller Tüchtigkeit die Leute, die aus der Beamtenhierarchie zur Wahl gestanden hätten, nicht zu leisten vermögen.

In der Tat werden solch außergewöhnliche Leistungen verlangt werden müssen. Wir wissen, wie ich oben schon andeutete, noch nicht, wann Frieden geschlossen und wie er aussehen wird. Aber wenn man sich einmal nur hypothetisch die Friedensverhandlungen vor Augen führt, so wird einem sofort klar, daß es sich um ein Werk von einer noch nicht dagewesenen Kompliziertheit handeln wird. Ich lasse dabei die unendliche und beängstigende Fülle von politischen Problemen ganz außer Betracht. Aber mehr als jemals, und mannigfaltiger als jemals, werden bei der Neugestaltung der Dinge finanzielle und wirtschaftliche Dinge mitsprechen. Der letzte Frieden, den Bismarck für Deutschland in Frankfurt schloß, hatte in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht nur je ein Problem. Wirtschaftlich: Das weitere Verhältnis Deutschlands zu Frankreich. Finanziell: Die Berechnung und Zahlung der französischen Kriegsentschädigung. Die wirtschaftliche Frage wurde durch den ominösen § 11 des Frankfurter Fiedensvertrages so schlecht wie nur irgend möglich geregelt. Zur zufriedenstellenden Regelung der Kriegsentschädigungfrage halfen dem großen Reichsgründer Henckell von Donnersmarck und Gerson Bleichröder redlich und erfolgreich. Dieser Frankfurter Friede mit seiner wirtschaftlichen und finanziellen Unkompliziertheit erscheint uns heute wie ein Kinderspiel. Wenn heute selbst ein Bismarck tätig wäre, so würde er Dutzende von Sachverständigen auf allen möglichen handelspolitischen und finanztechnischen Gebieten hören müssen und es wäre am Ende noch nicht einmal sicher, daß er von den vielen auf diese Weise erhaltenen Ratschlägen schließlich überhaupt die richtigen ausführte. Denn was ich an dieser Stelle für andere Fälle schon oft ausgeführt habe, trifft für solche komplizierten politischen Aktionen natürlich in noch viel stärkerem Maße zu: Auch um Sachverständige richtig zu verstehen, gehören Fachkenntnisse. Unter diesen Umständen war es die denkbar beste Lösung, einen Mann zu wählen, der gleichzeitig Sachverständnis und Talent zum Staatsmann besaß.

Man hat also wieder einmal einen Kaufmann ins Staatsamt berufen. Aber man hat diesmal endlich den Fehler vermeiden gelernt, einen Kaufmann, weil er Kaufmann war, für geeignet zum Minister zu halten. Der Kaufmann Helfferich ist nur geeignet, weil er gleichzeitig der Professor Helfferich ist, wobei es ihm überdies noch zustatten kommt, das sein drittes Ich, der Geheimrat Helfferich, den Verwaltungapparat genügend kennen gelernt hat, um nicht, wie es bei Dernburg der Fall war, ohne kameralistischen Bürovorsteher machtlos zu sein. Es hindert natürlich nicht, daß einer, weil er Kaufmann ist, auch ein Genie ist. Aber man ist noch lange nicht Genie, wenn man als Kaufmann selbst Hervorragendes leistet. Und ein der gewöhnlichen kaufmännischen Karriere ent-

stammender Mann müßte von genialischer Veranlagung sein, wenn er ohne weiteres als Minister über die schwierigsten Probleme des Geld- und Finanzwesens befinden sollte. Nur wenn die Theorie die Praxis ergänzt, ist einige Gewähr dafür gegeben, daß ein kaufmännischer Minister (wie übrigens auch ein sogenannter kaufmännischer Sachverständiger) die allgemeinen und großen Gesichtspunkte, die für die Behandlung von Staatsfragen nötig sind, erfassen kann. Deshalb erscheint mir die hier getroffene Wahl besonders glücklich, soweit es sich um die notwendigen Garantien handelt, daß von dem neuen Mann die finanztechnischen Probleme bewältigt werden können.

Ich möchte aus begreiflichen Gründen heute hier an dieser Stelle auf keine finanziellen Einzelheiten der Friedens- und Kriegsentschädigungfrage eingehen. Aber es wird ohne weiteres klar sein, daß es sich da nicht nur um das Aussinnen besonders günstiger Methoden für Zahlungen von einem Land zum andern, sondern insbesondere um Liquidationen und Verrechnungen handeln wird, die ohne eine ganz genaue Kenntnis des Währungwesens der einzelnen Länder und der innigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Währungen kaum zu beurteilen, geschweige denn zu lösen sind. Vor allem aber werden die handelspolitischen Fragen entweder schon bei dem Friedensschluß oder doch sicher nach diesem eine ganz bedeutende Rolle spielen. Insbesondere wird eine Regelung unseres handelspolitischen Verhältnisses zu Oesterreich notwendig werden. Die kann aber nicht jemand vornehmen, der plötzlich unvermutet zur Mitarbeit berufen wird und der nun im Augenblick mit irgendeiner Idee dilettieren soll, sondern nur jemand, der bestimmte Ideen und Vorstellungen hat und der bereits jetzt damit beginnt, ihre Durchführbarkeit zu prüfen. Ich hatte bereits im letzten Plutusheft auf die Notwendigkeit, diese Dinge anzubahnen, hingewiesen. Wie ich aus verschiedenen Presseäußerungen ersehen habe, bin ich — vielleicht nicht ganz ohne meine Schuld — mißverstanden worden. Namentlich in mehreren sozialdemokratischen Organen ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich phantastisch einen europäischen Staatenbund anstrebe, und auch die „Deutsche Tageszeitung" hat angedeutet, daß es politisch unklug sei, bereis jetzt die von mir angeregte Frage zu behandeln. Nun hat mir nichts ferner gelegen, als etwa behaupten zu wollen, daß jetzt schon eine politische Umwandlung Europas vorbereitet werden solle. Ich bin wirklich dazu nicht Phantast genug. Aber ich habe auch nicht einer allerdings verfrühten Zollunion selbst nur mit Oesterreich-Ungarn das Wort reden wollen. Ich kenne dazu die Schwierigkeiten der Materie viel zu genau. Aber darüber kann für mich kein Zweifel bestehen, daß über unser zukünftiges politisches Verhältnis zu Oesterreich — nur dieses Verhältnis kann überhaupt jetzt diskutiert werden — sich irgendeine maßgebende Instanz in beiden Ländern jetzt schon den Köpf zerbrechen muß. Mindestens wird doch bei der Erneuerung der Handelsverträge die Zwischenzollfrage oder ähnliches akkut werden. Ich rede mir nicht ein, durch eine Konferenz oder gar binnen Jahresfrist irgendeine fertige Organisation machen zu können. Vielleicht werden sich Uebergangsstufen als nötig erweisen, die man auf Jahrzehnte berechnen muß. Dasselbe gilt für die notwendig herzustellenden Währungrelationen mindestens zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Aber mag man die Realisierung solcher Ideen für so langfristig halten wie man will, man kan gar nicht früh genug die Notwendigkeit solcher Dinge ins Auge fassen. Und gerade deshalb scheint es mir von besonderer Bedeutung, daß der neu gewonnene Mann auch auf dem Gebiet der Handelspolitik nicht nur schon in jungen Jahren tätig gewesen, sondern damals auch als populärer Propagandist Vorbildliches geschaffen hat.

Durch die Wahl Helfferichs ist aber gerade in wirtschaftpolitischer Hinsicht noch etwas Wesentliches gewonnen worden. Denn die Kombination zwischen wirtschaftpolitischem Sachverständigen und Reichsschatzsekretär trägt dem wichtigen Umstand Rechnung, daß die Zollfrage angesichts des bei uns bestehenden Finanzsystems für die Reichseinnahmen von höchster Bedeutung ist. Wie immer auch nach dem Kriege das Finanzsystem des Deutschen Reichs sich präsentieren wird, wir dürfen nicht daran zweifeln, daß stets die Zölle eine wichtige Einnahmequelle bleiben werden, die das Reich nicht entbehren kann. Deshalb kann das, was handelspolitisch neu geschaffen werden muß, nie ganz außer acht lassen, daß unsere wirtschaftpolitisch für notwendig erachteten Zölle gleichzeitig Finanzzölle sind.

Insoweit besteht also kein Zweifel daran, daß der Mann, der nun im Alter von 42 Jahren bereits zur Exzellenz gemacht worden ist, durchaus die richtige Kraft am richtigen Platz ist. Es kommt dazu, daß es sich um einen sehr klugen, diplomatisch gewandten Menschen handelt, dem man in allen seinen Stellungen bisher besonders die Eigenschaft frisch-schneller Entschließung nachgerühmt hat. Aber mit dem, was ich oben aufzählte, sind die Aufgaben nicht erschöpft, die des neuen Mannes harren. Es

gilt, auch wenn die Kriegsentschädigungfrage in der günstigsten Weise gelöst werden könnte, für viele Jahre neue Einnahmen dem Reiche zu schaffen. Das geht nicht mehr in der bisherigen Weise. Wir haben eine Steuerwirtschaft nach Prinzipien überhaupt nicht mehr gehabt, wenn man nicht das Prinzip der Prinzipienlosigkeit als Grundsatz unserer Reichsfinanzpolitik gelten lassen will. Wir haben immer mehr Geld gebraucht und haben immer mehr Geld geschafft. Aber wir taten das in der Weise, daß wir Steuerchen auf Steuerchen aufspürten, daß wir erfreut über jede Lücke waren, die dadurch vorhanden blieb, daß man irgendein Produkt des Gewerbefleißes noch vergessen hatte zu besteuern. Das muß von Grund auf geändert werden. Ein Königreich für einen Plan! Es muß nach fest abgesteckten politischen Richtlinien ein einheitliches Steuersystem ausgebaut werden. Das ging bisher nicht. Nicht etwa, weil niemand vorhanden war, der solches System erdenken konnte, sondern weil auch das schönste einheitliche System aus parteipolitischen Rücksichten auch von dem geschicktesten Minister nie hätte realisiert werden können. Im Kriege ist es den Klassen und Parteien so gegangen wie den Personen. Sie sind sich näher gekommen. In der Stunde der Gefahr hat sich erwiesen, daß sie alle zusammengehören und daß, wenn es hart auf hart kommt, einer ohne den anderen gar nicht existieren kann. Dieser Krieg hat die Zusammengehörigkeit aller Glieder des Staates den Bürgern viel besser vor Augen geführt, als das der selige Menenius Agrippa durch die Parabel, die er den alten Römern erzählte, tun konnte. Die liberalen Parteien, aber wohl auch die Arbeiterparteien, sind sich klar darüber geworden, daß wirtschaftpolitischer Heimatschutz selbst um den Preis von Agrarzöllen notwendig ist, und die Agrarier haben gesehen, welche fabelhafte Kraft die deutsche Industrieentwicklung dem Lande verleiht. Dadurch wird eine Einheitlichkeit im Steuersystem um so leichter werden, als es sich diesmal um Summen handelt, die die Erschließung neuer Quellen notwendig machen. Ich behalte mir vor, zu einem geeigneteren Zeitpunkte die Einzelheiten der mir notwendig erscheinenden Finanzreform ausführlich darzulegen. Für heute nur zwei Gesichtspunkte.

Zunächst muß bei der Aufsuchung der neuen Steuerquellen, die Hand in Hand gehen muß mit der Schließung alter, wenig ergiebiger, davon ausgegangen werden, daß, soweit wie das handelspolitisch überhaupt möglich ist, oder soweit wie nicht gewisse sozialpolitische Forderungen dem entgegenstehen, die Besteuerung in der Hauptsache erst dann einsetzt, wenn der Arbeitprozeß Einkommen oder Vermögen ergeben hat. Dann aber muß die Besteuerung kräftig und rationell sein. Und wir werden deshalb, wie heute nur angedeutet sei, um eine spezialisierte Einkommenbesteuerung nach den Herkünften der Einkommen und um die Erbschaftsteuer nicht herumkommen. Aber wie schon gesagt, die direkte Besteuerung wird für das Reich niemals genügen. Und auch mit den Zollerträgnissen allein werden wir nicht auskommen. Da bleibt dann eben nichts anderes übrig als die Rationalisierung der indirekten Besteuerung durch Reichsmonopole.

Auch in bezug auf die Monopole hat sich ja die Meinung der Parteien gegen früher erheblich geändert. Die liberale Furcht vor Monopolen ist gewichen und die Bedenken, die von der Arbeiterpartei bisher der Umwandlung von Privatarbeitern in Staatsarbeiter entgegengestellt wurden, werden vermutlich in der neuen Aera zu überwinden sein, nachdem die Gewerkschaften und die Ministerien sich gefunden haben. Daß Herr Helfferich kein Feind von Monopolen ist, hat er ja bei der Unterstützung des Petroleummonopolprojekts durch die Deutsche Bank erwiesen, und es wird ihm wahrscheinlich gar nicht einfallen, zu bestreiten, daß das, was dem Petroleum recht, auch anderen Wirtschaftgütern billig ist. Trotzdem wird sich gerade in der Monopolfrage erweisen müssen, ob Herr Helfferich der wirtschaftpolitischen Umwertung aller Werte, namentlich inbezug auf das Verhältnis von Staat zu Privatwirtschaft, das nötige Verständnis entgegenbringt. Er hat in den letzten Jahren die Neigung gezeigt, etwas mehr als das früher bei ihm der Fall zu sein schien, in die Anschauung des laissez faire, laissez passer zurückfallen. Er hat namentlich noch auf dem letzten münchener Bankiertage bei allem Verständnis für die notwendige Verstärkung der Reichsbank gegenüber den Privatinstituten von der kapitalistischen Privatinitative alles, von der staatlichen Regulierung nichts erhofft. Der Mann der Zukunft soll die privatkapitalistische Form, die kapitalistische Initiative und die Technik, die sich der Kapitalismus aufgebaut hat, als solche bestehen lassen und würdigen. Aber er muß gleichzeitig dem Staat das Recht zuerkennen, der Industrie und dem Handel Grenzen zu ziehen und die Wege zu weisen. Helfferich, der die Technik dieser Dinge ausgezeichnet kennt, und gleichzeitig mindestens eine gewisse Zeit lang durch die staatssozialistische Schule preußischen Beamtentums gegangen ist, wäre an und für sich durchaus der geeignete Vermittler, wenn er für die Zeit seiner Amtstätigkeit völlig den Bankdirektor abstreifen und wieder einmal Professor sein könnte.

Berchtolds Rücktritt.

Von Myson.

Wenn ich jetzt in vielen Blättern lese, der Rücktritt des leitenden Diplomaten der österreichisch-ungarischen Monarchie sei in diesen Tagen, wo das Schwert, nicht die Feder entscheide, nur als ein Ereignis zweiter Ordnung aufzufassen, so urteilen, das muß ich gestehen, derartige Stimmen recht unbedacht. Nie ist die Arbeit der Diplomatie intensiver, nie verantwortungvoller, nie größer, als just in Kriegszeiten. Ein Fehler, den zu ihnen ein Staatsmann macht, kann ganz unberechenbare Konsequenzen nach sich ziehen. Seine Aufmerksamkeit muß daher im Kriege verdoppelt, seine Tatkraft verzehnfacht, seine Vorsicht verhundertfacht sein.

Es gibt nämlich, und das scheinen manche Leute völlig zu übersehen, außer den kriegführenden auch neutrale Staaten, auf deren Haltung unendlich viel ankommt. Mischen sie sich nicht in den Streit, nun, so werden wir ihn schon siegreich zu Ende führen, schlagen sie sich aber bei dem großen Streite auf die andere Seite, so werden wir deshalb auch nicht verzagen, aber der ohnedies furchtbar harte Kampf wird noch viel härter werden. Tritt hingegen der eine oder der andere neutrale Staat zu uns hinüber, dann würde dies eine sehr wesentliche Erleichterung für uns bedeuten. Die Diplomatie hat also die große Aufgabe, zum mindesten die Neutralen zu veranlassen, in ihrer bisherigen Stellung zu verharren, womöglich sie zu uns herüberzuziehen, unter allen Umständen aber es zu hintertreiben, daß sie sich dem Feind anschließen.

Das ist eine sorgenvolle Arbeit, eine um so sorgenvollere, als naturgemäß gar manche unter den Neutralen Wünsche und Hoffnungen heute hegen, mitunter sogar recht große, von deren Gewährung vielleicht ihre fernere Haltung abhängen kann. Hier ist es Aufgabe der Diplomatie, bis zur Grenze des Möglichen den Begehrenden entgegenzukommen, ihnen aber jede Ueberschreitung dieser Grenze zu versagen, ohne dadurch jedoch einen Konflikt heraufzubeschwören. Erwägt man zum Schluß, daß dieser Krieg auch für uns ein Krieg ist, den wir zusammen mit zwei Bundesgenossen durchzuführen haben, so bedeutet dies, daß auch unter den drei Kabinetten, speziell zwischen Deutschland und Oesterreich, über die Behandlung jeder außerpolitischen Frage das vollste Einvernehmen herrschen muß, und es ist ganz selbstverständlich, daß es hierzu oft eingehender Verhandlungen bedarf, da man, wenn auch das Ziel das gleiche ist, sich über den Weg, auf dem man es erreichen will, einigen muß.

So ist also die Arbeit der Diplomatie zur Kriegszeit eine überaus wichtige und recht komplizierte. Es ist daher schon sehr naiv, anzunehmen, Graf Berchtold habe, gewissermaßen, weil es jetzt eine „stille Zeit“ sei, in der ein Ministerwechsel sich leichter vollziehe, seinen Abschied vom Kaiser Franz Josef sich erbeten und ihn deshalb auch erhalten können. Im Gegenteil, Graf Berchtold hat sich zurückgezogen, weil ihn drei Jahre der aufregendsten Tätigkeit allzusehr ermüdet hatten, Jahre, in denen sich der Türkisch-Italienische Krieg, die beiden Balkankriege, die albanische Affäre, die serbische große Intrige abspielten, alles Angelegenheiten, die die vitalsten Interessen Oesterreichs sehr nahe berührten, und die zum Schluß den großen Weltbrand brachten. Graf Berchtold sprach sich, infolge seiner Uebermüdung, auch die Spannkraft ab, um bei der Lösung neuer schwerer Aufgaben, die jetzt gerade auftauchen, mit voller Energie die Interessen Oesterreichs wahren zu können, er hat dies selbst im vertrauten Kreis als den bestimmenden Grund seiner Demission angegeben. Eine solche Selbsterkenntnis, ein solcher Verzicht auf Befriedigung des natürlichen Ehrgeizes, ehrt den scheidenden Staatsmann und zeigt, welch vornehmer Charakter ihm innewohnt.

Ich habe in diesem Blatt den Grafen Berchtold im ersten und auch noch im zweiten Jahre seiner Tätigkeit oft sehr hart angegriffen, vielleicht allzu hart, wenn man die unendlichen Schwierigkeiten der Situation bedenkt, die zu überwinden für einen von eigentlich drei Parlamenten und drei Ministerien abhängigen österreichischen Minister des Aeußern dreifach schwierig sind. In den letzten 1½ Jahren der Amtsdauer des Grafen war ich in der Lage, seine Politik mehr als früher gutheißen und befürworten zu können, ohne etwa in Ueberschätzung seiner Fähigkeiten und seiner Erfolge zu verfallen. Graf Leopold Berchtold, der glänzendste Kavalier der Habsburger Monarchie, war ein vortrefflicher Botschafter in Petersburg, der, was dort die Hauptsache ist, die ganze Hofgesellschaft inklusive der Großfürsten für sich einzunehmen verstand. Er wäre auch auf jedem andern Botschafterposten an seinem Platz gewesen, da er ein vortrefflicher „Korpskommandant“ für seinen diplomatischen Oberbefehlshaber war. Denn es ist sehr falsch, wenn man in ihm nur den Kavalier sehen will; er ist ein sehr begabter, weltkluger Herr, der noch viel mehr leisten würde, wenn nicht ein gewisses Phlegma in ihm steckte, ein Beharrungvermögen, das ihn an der vollen Entfaltung seiner Kräfte hindert.

Aber es ist etwas anderes, ein guter Botschafter, etwas anderes, ein hervorragender Minister des Aeußern zu sein. Das wußte niemand besser als Graf Berchtold, der schon vor drei Jahren als „Pensionär“ in seinem herrlichen Schloß Buchlau sein otium cum dignitate verbrachte. Ihm, dem reichen Kavalier, der auf seinen mährischen und ungarischen Herrensitzen und in seinem schönen Palais in Wien, das er gerade erst vom Herzog

von Württemberg gekauft hatte, ein beschauliches, bequemes Dasein zu führen gedachte, kam daher des Kaisers Ruf, den der Thronfolger und die Stimme des toten Aehrenthal unterstützten, aus diesem doppelten Grund — Selbsterkenntnis und Störung des Lebensplans — sehr ungelegen, doch dieser Ruf ertönte so dringend, daß der loyale Grandseigneur ihn nicht überhören durfte, und so mußte er sich entschließen, aus seinem schönen Heim in die Prunkgemächer des Ballhauspalais überzusiedeln.

Als ich Herrn von Kiderlen-Wächter, wie noch Aehrenthal im Amt war, drei Monate vor Berchtolds Antritt sagte, vertrauliche Nachrichten aus Oesterreich sagten mir, ob nun Aehrenthal wegen seiner Erkrankung oder wegen anderer Gründe (er hatte damals einen Konflikt mit dem Thronfolger) aus dem Amte scheiden würde, in jedem Fall werde Berchtold sein Nachfolger werden, meinte der Staatssekretär: „Nein, da hat man Sie getäuscht, der sitzt viel zu mollig in Buchlau“. Kiderlen unterschätzte das Pflichtgefühl des Grafen, wie er ihn überhaupt unterschätzte.

Denn es gelang dem neuen Mann, sich langsam, und zwar zur Zeit von Krisen, sehr gut auf seinem neuen Posten einzuarbeiten. Die Fehler, die er machte, waren, wenn ich heute ganz gerecht sein will, insofern begreiflich, als sie als Konsequenzen der Aehrenthalschen Politik aufzufassen sind. Diese Politik weiter durchzuführen, das war Berchtold aufgegeben, eine neue, große ,den maßgebenden Faktoren zu suggerieren, dazu fehlte ihm freilich die stählerne Energie. Er wäre vielleicht zu friedlichen Zeiten alt und grau im Ballhauspalais geworden, seiner konzilianten Natur widerstrebte es, nur Kriegslärm während der ganzen Dauer seiner Amtstätigkeit hören zu müssen. Aber, trotz dieser seiner Sensibilität, hat er in der entscheidenden Stunde für Oesterreich sich als aufrechter, mutiger Mann bewiesen. Wenn er jetzt, wo es augenscheinlich gilt, sehr wichtige Verhandlungen mit Italien und Rumänien zu führen, das Feld räumt, so hat er das Gefühl, eine frische Kraft soll auf den Schauplatz treten, die manche gute Eigenschaft weniger als er haben kann, dafür aber die große Gabe der Energie besitzt. Er hält den Augenblick gekommen, wo der kluge Kopf dem starken Willensmenschen weichen muß.

Eine sehr vornehme österreichische Dame, die mit Berchtold befreundet ist, und auch mich mit ihrer Freundschaft beehrt, sagte zu mir: „Er hat es satt gehabt, im Schatten Tiszas zu leben.“ Diese Aeußerung klingt sehr nett, aber sie stimmt nicht ganz. Graf Berchtold hat immer neidlos die große Kraft und Begabung Tiszas anerkannt und hat ihn wohl auch an erster Stelle für seine Nachfolgerschaft anempfohlen: denn Tisza war just der Mann, den er für den passendsten bei der bestehenden Lage hielt. Stefan Tisza hat abgelehnt, er hat noch nicht der erste Staatsmann in der Gesamtmonarchie sein wollen und zog es vor, der erste in Ungarn zu bleiben. Möglicherweise ist auch offiziell gar nicht der Ruf an ihn ergangen, soviel ist aber gewiß: wenn er den freiwerdenden Posten für sich gewünscht hätte, niemand hätte ihm ihn streitig gemacht. Tisza folgt mit seiner Zurückhaltung dem Beispiel, das einer der größten Päpste und ein sehr großer moderner Staatsmann gegeben haben. Bei dem Mönch Hildebrand schlug es gut aus, daß er lange wartete, bis er selbst (als Gregor VII.), und nicht nur seine Adepten, auf den Stuhl Petri trat; Leon Gambetta, der das gleiche Rezept anwenden wollte, war verbraucht, als er sein „großes Ministerium“ bildete, die Adepten konnten gegen ihn intrigieren — und er erlebte das Scheitern seiner Pläne.

Tisza mag sich aber wohl gesagt haben, während des Krieges und einige Zeit nach ihm bedarf Ungarn seiner noch an der leitenden Stelle. Opposition und Nationalitäten mit der Regierungpartei für den Feldzug zu einer starken Masse zu einigen, war vielleicht weniger schwer, als nachher das Staatsleben wieder in die gewohnten Formen zu bringen und trotzdem den großen moralischen Gewinn aus dieser Einigung für das Land zu einem dauernden zu gestalten. Das zu vollbringen, kann eben nur Tisza gelingen, und deswegen sitzt er lieber noch weiter auf dem Ofner Berg, als daß er in die unmittelbare Nähe der wiener Hofburg zieht. Einmal wird er ja doch dort hinkommen.

Aber es wäre sehr verfehlt, wenn man den Baron Stefan Burian mit den Worten „Platzhalter für Tisza“ etwa abtun wollte. Dazu ist dieser Mann eine viel zu markante Persönlichkeit und hat viel zu viel politischen Einfluß ausgeübt, der auch in den letzten Jahren, wo er in der Sinekure des ungarischen Ministeriums in der wiener Bankgasse residierte, in kritischen Augenblicken noch sehr bemerkbar war. Ich lege weniger Gewicht auf die diplomatischen Erfahrungen des neuen Mannes; in Stuttgart wird er voraussichtlich keine große Politik getrieben haben, und zu der Zeit, als er in Sofia und Athen beglaubigt war, gab es dazu auch weiter keine Gelegenheit. Aber in der langen Zeit, die er dem k. u. k. gemeinsamen Finanzministerium vorstand und als solcher Bosnien zu verwalten hatte, hat er Temperament und Energie übergenug bewiesen, damals, man erinnere sich nur seines oft recht verfehlten Großziehens des Serbentums in Bosnien, nicht immer an der richtigen Stelle. Heute aber wird er sie schon so richtig einsetzen, wie in jenen Tagen, zu denen er am meisten die Notwendigkeit der Annexion von Bosnien und der Herzegowina befürwortet hat. Tut er es, dann werden gar manche, die mit sehr großen Wünschen an den Ballhausplatz gehen und dort „imponierend“ auftreten wollen, ihre Wünsche sehr mäßigen und in ihrem Gehaben sich viel bescheidener plötzlich zu zeigen. Und das wäre allerdings sehr zu wünschen, und zwar aus sehr vielen und sehr gewichtigen und guten Gründen!

Deutscher Bank-Kalender (IV. Quartal 1914).

Von Dr. Josef Loewe-Berlin.

1. Okt. Die Magdeburger Güterbank e. G. m. b. H. wird zahlungsunfähig.

1. „ Den Filialen der Dresdner Bank, Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft in London wird nur die Vollendung der vor dem 5. August 1914 eingeleiteten Transaktionen gestattet. Alle geschäftlichen Maßnahmen unterliegen der Ueberwachung eines englischen Regierungskommissars. Nach Begleichung aller Verbindlichkeiten sind die Aktiva bei der Bank von England zur Verfügung des englischen Schatzamtes zu deponieren.

1. „ Die Filialen Memel und Tilsit der Reichsbank nehmen nach fast zweimonatiger Unterbrechung den vollen Betrieb wieder auf. Das Mitglied des Reichsbankdirektoriums von Lumm geht nach Brüssel, um in der belgischen Zivilverwaltung tätig zu sein.

1. „ Die Kriegskreditkasse Bremen mit 6 Mill. ℳ Kapital wird errichtet.

1. „ Die Kriegskreditbank Elberfeld A.-G. mit 1,5 Mill. ℳ Kapital wird errichtet.

1. „ Die Kriegskreditbank Solingen mit 1 Mill. ℳ Kapital wird errichtet.

1. „ Die Kriegsdarlehnskasse der Stadt Schöneberg mit 0,4 Mill. ℳ Kapital wird errichtet.

1. „ Die Kriegsdarlehnskasse der Stadt Hildesheim mit 0,2 Mill. ℳ Kapital wird errichtet.

1. „ Die Osnabrücker Kriegskreditbank mit 0,3 Mill. ℳ Kapital wird errichtet.

1. „ Die Kriegskreditbank Augsburg mit 0,6 Mill. ℳ Kapital wird errichtet.

1. „ Die Kriegskreditkasse Mainz und Oppenheim e. G. m. b. H. mit 0,4 Mill. ℳ Kapital wird begründet.

1. „ Die Darmstädter Bank errichtet an Stelle der unter Sequestration kommenden Firma Fuld & Co. eine Zweigstelle in Pforzheim.

1. „ Die Niederlassungen in Hongkong und Kalkutta der Deutsch-Asiatischen Bank werden unter englische Regierungsaufsicht gestellt.

1. „ Die Kreditkasse Pforzheim A.-G. wird mit 1 Mill. ℳ Kapital in den Räumen der falliten Firma Greb & Frühauf errichtet.

1. „ Die Landwirtschaftliche Bank der Provinz Pommern in Stettin ist durch jahrelange Fälschungen ihres Kassierers um 0,4 Mill. ℳ geschädigt.

1. Okt. Die Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland errichtet in Berlin eine Kriegsgeschäftsstelle.

1. „ Die Märkische Bank in Bochum hebt ihre Filiale Recklinghausen auf.

1. „ Die Osnabrücker Bank errichtet eine Filiale in Papenburg an Stelle der fallierenden Papenburger Bank.

2. „ Die Bankfirma Kerstens & Koerner, Stade, geht in Konkurs, die Passiven betragen zirka 2,75 Mill. ℳ.

2. „ Die Firma Wilhelm Sieber, Jena, kommt unter Geschäftsaufsicht.

2. „ Bankier Schuller in Firma Joseph Pummerer, Passau, verübt Selbstmord.

2. „ Die Deutsche Creditbank, Friedenau, geht in Konkurs.

2. „ Die Firma Uhl & Co., Augsburg, geht in Konkurs.

2. „ Die Firma Heinrich Beck, Wertheim, falliert.

2. „ Die Firma Johannes Friedr. Wilh. Hache, Dresden, falliert.

2. „ Dr. Emil Thiel scheidet aus der Leitung der Preußischen Treuhand- und Revision A.-G. in Berlin. Vorstand ist nunmehr Dr. Fritz Dinglinger, Stellvertreter Schweizer.

2. „ Direktor Friedrich Lambrich scheidet aus dem Vorstande der Westdeutschen Bodenkreditanstalt in Cöln a. Rh.

5. „ Subdirektor Dr. Hjalmar Schacht von der Dresdner Bank wird zur Dienstleitung bei der deutschen Zivilverwaltung in Belgien nach Brüssel berufen.

7. „ Die Kriegskreditbank für Ostpreußen G. m. b. H. zu Königsberg i. Pr. mit 10,5 Mill. ℳ Kapital wird begründet.

7. „ Die Firma Bankgeschäft für Grundstücksverwertung und Handel August Becke in Berlin wird errichtet.

7. „ Geheimrat Alfred Lent scheidet aus dem Aufsichtsrat der Disconto-Gesellschaft.

10. „ Die Firma Gebr. Arnhold, Dresden, feiert ihr 50jähriges Bestehen.

13. „ Kommerzienrat Wilhelm Berntheisel ist durch Tod aus dem Vorstand der Süddeutschen Bodenkreditbank, München, geschieden.

13. „ An Stelle des in den Aufsichtsrat tretenden Direktors Hermann Marks wird der stellvertretende Direktor Dr. Karl Beheim-Schwarzbach Vorstandsmitglied der Darmstädter Bank.

15. „ Die Antwerpener Filiale der Diskontogesellschaft wird wieder eröffnet.

15. Okt. Im Konkurse der Berliner Firma Schumann & Co. ergibt sich eine Quote von zirka 5 %.

15. „ Die Kriegskreditbank Straßburg im Elsaß A.-G. mit 1,5 Mill. M. Kapital wird errichtet.

15. „ Die Kriegskreditbank A.-G. für Erfurt mit 0,3 Mill. M. Kapital wird errichtet.

15. „ Die Kriegskreditbank der Stadt Magdeburg wird errichtet.

15. „ Die Kriegskreditbank für Hausbesitzer in Hannover wird errichtet.

15. „ Die Kriegskreditbank für das Großherzogtum Sachsen mit 1 Million Mark Kapital wird errichtet.

15. „ Direktor Gutleben von der Darmstädter Bank, München, wird in die belgische Zivilverwaltung berufen.

15. „ Die Firma S. A. Levinson, Dessau, gerät in Konkurs.

15. „ Die Firma Chr. Gotth. Brückner, Mylau i. V., feiert ihr 125jähriges Bestehen.

15. „ Direktor Schwarz von der Landwirtschaftlichen Zentral-Darlehnskasse für Deutschland wird mit der Geschäftsaufsicht über die Frauenbank e. G. m. b. H. betraut.

15. „ Der Leiter der Naumburger Filiale des Magdeburger Bankvereins, Henze, wird zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

15. „ Sir Edgar Speyer tritt aus der Frankfurter Firma Lazard Speyer-Elissen aus; Eduard Beit von Speyer scheidet aus der Londoner Firma Speyer Brothers aus.

15. „ Ueber den Nachlaß des Inhabers der Firma Benno Lazarus, Brandenburg, wird das Konkursverfahren eröffnet.

15. „ Bankier Eduard Schellhorn, Mindelheim, wird wegen betrügerischen Bankrotts und Depotunterschlagung zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

15. „ Bankier Schiff, Mitinhaber der Firma Joachimssohn, Schoenberger & Co., Berlin, verübt Selbstmord.

17. „ Die Liquidation des Westdeutschen Bankvereins in Hagen wird beschlossen. Die Geschäfte gehen auf die Rheinisch-Westfälische Diskontogesellschaft über, welche je vier Aktien des Vereins gegen eine eigene umtauscht. Die Liquidation wurde nötig infolge leichtsinniger Geschäftsführung der früheren Direktion und daraus folgender Kreditentziehung der Reichsbank und Abwendung der Kundschaft. Liquidator ist Direktor Moock in Hagen.

20. Okt. Die Breslauer Kriegsdarlehnskasse A.-G. mit 1 Mill. M. Kapital wird begründet.

24. „ Bei der Norddeutschen Handelsbank A.-G. in Geestemünde stellt sich ein Verlust von zirka 880 000 M. für die Gläubiger heraus.

27. „ Die Kriegskreditkasse G. m. b. H. Wiesbaden mit $^{1}/_{4}$ Mill. M. Kapital wird begründet.

27. „ Vorstandsmitglieder der Halleschen Kriegskreditbank A.-G. (0,5 Million Mark Kapital) werden Rudolf Zietschmann, Johannes Hasser und Rudolf Pfaffe.

28. „ Im Konkurse der Firma Eduard Wulkow, Stettin, ergibt sich eine Quote von zirka 10½ %.

28. „ Die Leipziger Handelsbank m. b. H. gerät in Konkurs.

29. „ Die Kriegskreditbank Bromberg A.-G. mit 0,3 Mill. M. wird begründet.

30. „ Die Kriegskreditkasse für Reuß ä. L. mit 0,5 Mill. M. Kapital wird errichtet.

11. Nov. Die Reichsgenossenschaftsbank in Frankfurt a. M. weist bei 1 Mill. M. Aktienkapital einen ebenso hohen Fehlbetrag aus.

14. „ Die Kriegskreditbank für das Herzogtum Sachsen-Altenburg mit 0,4 Mill. M. Kapital wird begründet.

14. „ Das der Firma Emil Wechsler & Co., Berlin, bewilligte Moratorium wird um 3 Monate verlängert.

15. „ Die Reichsbankstelle Mülhausen, die bei Kriegsausbruch nach Freiburg i. Br. verlegt wurde, kommt wieder nach Mülhausen zurück.

15. „ Die Kriegsunterstützungskasse auf Gegenseitigkeit der Landesbank der Provinz Westfalen wird begründet.

15. „ Die Kreditbank für Hausbesitzer A.-G. in Düsseldorf wird errichtet.

15. „ Die Kriegshilfsbank für Kleinhändler und Gewerbetreibende A.-G. in Bremen mit 1,6 Mill. M. Kapital wird errichtet.

15. „ Stellv. Direktor Krämer, Düsseldorf, scheidet aus der Deutschen Bank und wird Teilhaber von J. Dreyfus & Co., Frankfurt a. M.

15. „ Die Mitteldeutsche Creditbank eröffnet eine Filiale in Alsfeld (Oberhessen).

15. „ Die Filiale Saargemünd der Allgemeinen Elsässischen Bankgesellschaft, Straßburg, wird geschlossen.

15. „ Direktor Koch von der Heilbronner Filiale der Württembergischen Vereinsbank, Stuttgart, wird mit 2½ Jahren Gefängnis bestraft.

15. Nov. Die Treubank A.-G., Eisenach, beschließt, zu liquidieren.

15. „ Der Erlenbacher Spar- und Darlehnskassenverein, e. G. m. b. H. geht in Konkurs.

20. „ Bankier Jakob Wreschner wird die Geschäftsaufsicht über die Union-Bank, Filiale Berlin, übertragen.

20. „ Geh. Kommerzienrat Louis Strupp, Frankfurt a. M., von der Bank für Thüringen gestorben.

21. „ Die ägyptische Regierung setzt für die ägyptischen Niederlassungen der Deutschen Orientbank englische Sequester ein.

21. „ Die Inhaber der früheren Deutschen Hypotheken- und Wechselbank zu Berlin, Fanselow und Mauerhoff, werden wegen Betruges zu je einem Jahre Gefängnis verurteilt.

22. „ Die Firma Pfeiffer & Co., Wiesbaden, tritt infolge von Zahlungsschwierigkeiten in Liquidation. Liquidatoren sind Justizrat Dr. Jünger und Bankdirektor Baer.

23. „ Direktor Siegmund Mosevius von der Kriegskreditbank für Groß-Berlin und der Nationalbank für Deutschland gestorben.

27. „ Die Kriegskreditbank Mülhausen A.-G. mit 0,6 Mill. ℳ Kapital wird begründet; die öffentlichen Körperschaften übernahmen für 0,4 Mill. ℳ Ausfallbürgschaften.

27. „ Die Berliner Baubank A.-G. wird begründet. Vorstand ist Direktor Otto Friedrich.

28. „ Die Freiburger Kreditgenossenschaft von 1914 e. G. m. b. H. mit 0,3 Mill. ℳ Kapital wird errichtet.

1. Dez. Direktor Arthur Schmidt tritt aus dem Vorstande der Allgemeinen Revisions- und Verwaltungs-A.-G. in den Aufsichtsrat über.

1. „ Im Konkurse der Leipziger Handels-G. m. b. H. betragen die Passiven über 1 Mill. ℳ, denen nur 0,8 Mill. ℳ schwer regulierbarer Werte gegenüberstehen.

4. „ Im Konkurse der Gewerbebank e. G. m. b. H., Hamburg, betragen die Passiven 3¼ Mill. ℳ.

4. „ Die Firma C. Falley jun. in Ballenstedt liquidiert; ca. 75—90 % liegen in der Masse. In den Geschäftsräumen errichtet die Mitteldeutsche Privatbank eine Zweigstelle.

4. „ Dr. Franz Ulsamer wird Subdirektor der Süddeutschen Bodenkreditbank in München.

5. „ Die Liquidations-Eröffnungsbilanz der Handels-Vereinigung A.-G. weist per 30. 4. 14 einen Verlustsaldo auf, der Aktienkapital und Reservekonto aufzehrt.

5. Dez. Die Landwirtschaftliche Genossenschaftsbank in Darmstadt sucht eine Verlängerung des bis Ende 1914 gewährten Moratoriums um 2 Jahre nach. Eine Abschlagsquote von 15 % soll ausgeschüttet werden.

10. „ Bankier Max Gutmann in Firma Gebr. Gutmann, Berlin, gestorben.

12. „ Bankier Ernst Marcusy in Firma Ernst Marcusy & Co., Berlin, gestorben.

14. „ Beim Pforzheimer Bankverein A.-G. stellt sich heraus, daß die Hälfte des Aktienkapitals von 6 Mill. ℳ durch die Spekulationen der verhafteten Direktoren Hermann und Kraemer verloren ist. Die Sanierung soll versucht werden.

15. „ Bankier Hans Wohlauer, Berlin, gestorben.

17. „ Die Herren Hermann v. Grumbkow, Caesar Voß, Max Oppenheimer werden stellv. Direktoren der Darmstädter Bank.

22. „ Kommerzienrat Richard Dyhrenfurth wird mit der Geschäftsaufsicht über die Société Française de Banque et de Depôts Succursale de Berlin betraut; Einzelprokurist ist Franz Lindau.

23. „ Bei der Deutschen Bank werden Dr. Otto Schwarzschild in Barmen, Hermann Dufe in Brüssel, Wilhelm Bösselmann und Dr. Albert Rössing zu Direktoren, Max Uhlenhaut in Brüssel, Dr. Paul Bonn in Frankfurt a. M., Isalo Rossi in Konstantinopel zu stellv. Direktoren ernannt.

28. „ Kommerzienrat Emanuel Alexander Katz, Seniorchef der Firma Albert Alex. Katz, Görlitz, gestorben.

29. „ Bankier Krüger in Firma Friedr. H. Krüger, Halberstadt, gestorben.

30. „ Die Friedrichsberger Bank e. G. m. b. H. sucht zwecks Vermeidung des Konkurses bei der Stadt Berlin-Lichtenberg eine Bürgschaft für ein Darlehn bis zu 4 Millionen Mark nach.

31. „ Geheimrat Klönne tritt aus dem Direktorium der Deutschen Bank in deren Aufsichtsrat.

31. „ Direktor Rehders scheidet nach 25jähriger Tätigkeit aus dem Vorstande der Deutsch-Asiatischen Bank.

31. „ Direktor Max Boeszoermeny von der Deutschen Hypothekenbank A.-G., Berlin, tritt aus deren Vorstand in deren Aufsichtsrat.

31. „ Herr Felix Klein scheidet aus der Firma R. Landauer Nachfolger, Berlin.

Revue der Presse.

Die Frankfurter Zeitung (10. Jan.) gibt eine Statistik aus dem Archiv der Syndikatkammer der offiziellen pariser Maklerfirmen über die an der pariser Börse umgesetzten Werte wieder, die wertvolle Anhaltpunkte über den

Wertpapierbesitz Frankreichs

bietet. Man muß allerdings dabei berücksichtigen, daß in dieser Zusammenstellung eine beträchtliche Zahl französischer Aktiengesellschaften mit Obligationsschulden, für die keine Börsennotierung besteht, und auch die zahlreichen, nur an den Provinzbörsen notierten Wertpapiere nicht enthalten sind. Andererseits enthält die Zusammenstellung der fremden Werte bedeutende Beträge von nicht in Frankreich untergebrachten Emissionen festverzinslicher Anlagewerte. Gerade in dieser Wertpapierkategorie haben ziemlich starke Besitzverschiebungen stattgefunden, so in italienischer Rente, die in großen Posten nach dem Heimatland zurückgeflossen ist, und in unifizierten Aegyptern, spanischer Anleihe und österreichischen und ungarischen Goldrenten. Bei Berücksichtigung all dieser sich ungefähr die Wagschale haltenden Faktoren kann man das Ergebnis der genannten Zusammenstellung, nämlich einen Wertpapierbesitz im Werte von fast 141 Milliarden Frcs., eingestellt zum Preise vom 31. Dez. 1913, akzeptieren. Der Zusammensetzung des Kapitalbesitzes nach entfielen nominal auf französische Werte 66,810 Milliarden Francs und 81,440 Milliarden Frcs. auf ausländische Werte. Unter den französischen Werten stehen an erster Stelle Staatsrenten mit insgesamt 25,261 Milliarden nom. und 21,710 Milliarden Kurswert, und die Aktien der sechs großen Bahngesellschaften mit 19,182 resp. 18,008 Milliarden Frcs. Unter den ausländischen Werten finden sich russische Staatswerte mit 13,608 resp. 12,435 Milliarden Frcs. und sonstige ausländische Staatswerte mit 51,286 resp. 43,164 Milliarden Frcs. In welchem Maße allerdings das Jahr 1914 eine Werminderung des französischen Wertpapierbesitzes gebracht hat, läßt sich noch nicht übersehen. — Das gleiche Blatt (13. Jan.) schreibt über die

industrielle Entwicklung Rußlands.

In Rußland, das noch bis in die 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts reiner Agrarstaat war, hat zuerst Graf Witte durch seine forzierte Industriepolitik Bewegung in die Stagnation des Wirtschaftorganismus gebracht, und gleichzeitig erreicht, daß ein Halbarbeiterstand von Millionen Menschen geschaffen wurde, der, der anarchistischen Propaganda leicht zugänglich, der Revolution starken Zuwachs brachte. Vor allem haben natürlich die Schrittmacher jeder großindustriellen Entwicklung, Eisen- und Wollindustrie, prosperiert. Es wuchs die Erzeugung von Roheisen 1911—1913 von 219 auf 295 Mill. Pud, die Halbzeugerzeugung von 241 auf 314 Mill. Pud und die von Eisen und Stahl von 202 auf 262 Millionen Pud. Insbesondere hat an dem Aufschwung des Eisenhandels Südrußland partizipiert, dessen Eisenindustrie sich durch die Erwerbung von Erz- und Kohlenlagern eine breite Grundlage gesichert hat. Zusammen mit dem Wachsen der Eisenproduktion hat sich auch die Kohlengewinnung stark vermehrt, und zwar von 1467,14 Mill. Pud auf 1876,97 Mill. Pud. Die günstige Konjunktur der russischen Industrie hat einen starken Zufluß ausländischen Kapitals zur Folge gehabt. So konnten die metallurgischen Werke und Maschinenfabriken, deren Aktien an der petersburger Börse notiert werden, ihr Aktienkapital in den Jahren 1911—1913 um rund 178 Mill. Rubel erhöhen; den größten Anteil an dieser Summe haben die metallurgischen Werke mit 76,39 Mill. Rubel oder 67 % gehabt. Die Zukunft der russischen Industrie wird vor allem davon abhängen, ob es gelingt, die Industrialisierung des Landes als notwendige Ergänzung der Agrareform zu erkennen und durchzuführen. — Die Kölnische Zeitung (4. Jan.) bringt nach Mitteilungen der „Times" eine Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen für die Börsenbesucher anläßlich der lich der

Wiedereröffnung der Londoner Börse.

Zum Börsenbesuch werden nur zugelassen: als englische Bürger geborene Mitglieder oder Angestellte, und naturalisierte Mitglieder oder Angestellte, die dem Börsenausschuß ihre Naturalisationspapiere vorgelegt haben und, falls sie aus feindlichen Ländern stammen, den Nachweis führen können, daß sie aus der Staatsangehörigkeit ihres Geburtslandes entlassen worden sind. Die Mindestkurse, die bisher während des Schlusses der Börse für eine Reihe von englischen und amerikanischen Wertpapieren festgesetzt waren, bleiben bis Ende Januar in Kraft. Sie können aber vom Börsenausschuß abgeändert oder erweitert werden, doch ist hierzu die Genehmigung des Schatzamtes erforderlich. Solange diese Kurse gelten, dürfen in den in Frage kommenden Wertpapieren oder auch in solchen, für die später Mindestkurse festgesetzt werden sollten, keinerlei Geschäfte zu niedrigern als den Mindestkursen abgeschlossen werden. Auch darf kein Börsenmitglied innerhalb oder außerhalb des Kreises der Börsenmitglieder Geschäfte in derartigen Werten auf dem Amerikanermarkt zu einem niedrigeren Kurse abschließen als der englischen Parität der new-Yorker Schlußkurse vom 31. Juli 1914 entspricht. Der Börsenausschuß kann nach freiem Ermessen Mindestkurse für alle Wertpapiere festsetzen, und wird das noch vor Eröffnung der Börse für alle ausländischen Staatspapiere und andere internationale Werte tun. Alle Abschlüsse müssen gegen Kasse geschehen und dürfen nicht von

Tag zu Tag verlängert werden. Es sind keine neuen Zeit- oder Prämiengeschäfte erlaubt, außer solchen, die aus bereits schwebenden Abschlüssen stammen. In Werten, die nach dem 4. Januar 1915 ausgegeben werden, sind ohne Erlaubnis des Börsenausschusses und ohne Genehmigung des Schatzamtes keine Geschäfte gestattet. Kein Börsenmitglied darf Wertpapiere offen auf dem Markt anbieten oder danach fragen. Jeder Abschluß in notierten oder nichtnotierten Werten ist anzumelden und muß amtlich aufgezeichnet werden. Ein Broker, der einen Abschluß macht, muß dem Käufer einen Schlußschein in doppelter Ausfertigung mit folgenden Angaben übergeben: Bei Wertpapieren, die auf den Namen lauten, den Namen des bisherigen Besitzers; bei registrierten Aktien oder Anleihen die Nummern der Stücke und den Namen des Verkäufers; bei Inhaberpapieren die Nummern der Stücke; bei amerikanischen Papieren die Nummern der Zertifikate und die Namen, auf die sie ausgestellt sind; den Kurs, zu dem der Abschluß zustande kommt. Der Käufer hat hierauf den Schlußschein zu unterzeichnen und ein Exemplar der Notierungsbehörde zu übergeben, während er die Abschrift behält. Ein Makler, der einen Verkauf abschließt, hat die angeführten Angaben noch an demselben Tage zu machen. Das Arbitragegeschäft ist bis auf weiteres verboten. Wertpapiere gelten nur dann als lieferbar, wenn sie von einer Erklärung eines Bankiers, Broker, oder einer andern verantwortlichen Person begleitet sind, daß sie seit dem 30. September in ihrem physischen Besitz waren und daß sie seit Ausbruch des Krieges sich nicht in feindlichem Besitz befunden haben. Wo Wertpapiere vor Ausbruch des Krieges gegen ein Darlehen hinterlegt worden sind, soll für den Zweck dieser Vorschriften angenommen werden, daß sie sich in dem Besitz des Darleihers befinden. Wertpapiere, die vor dem 23. Dezember lediglich zur Registrierung ins Ausland geschickt wurden, sollen so behandelt werden, als ob sie immer im Besitz im Vereinigten Königreich gewesen wären. Wertpapiere auf den Inhaber oder Wertpapiere mit einem Blankoindossament gelten nicht als lieferbar, wenn sie nicht mit einem vor dem 1. Oktober datierten Regierungsstempel versehen und nicht von einer Erklärung eines Bankiers, Brokers oder einer andern verantwortlichen Persönlichkeit begleitet sind, daß sie sich seit Kriegsausbruch nicht in feindlichem Besitz befunden haben. Ausgenommen sind die oben angeführten Fälle oder solche Wertpapiere, die vom Börsenausschuß aus besonderen Gründen ausdrücklich als lieferbar bezeichnet werden. Bevor ein Broker einen Auftrag ausführen darf, muß er sich eine schriftliche Erklärung seines Kunden geben lassen und sich außerdem davon überzeugen, daß der Auftrag weder mittelbar, noch unmittelbar für einen feindlichen Ausländer oder zu dessen Vorteil bestimmt ist. Jedes Börsenmitglied, das sich der Nichtachtung dieser Vorschriften schuldig macht, wird nach den disziplinarischen Vorschriften bestraft. — Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung (6. Jan.) bringt eine Aufstellung, die sich mit der Stellung der

Handlunggehilfen zur Kriegszeit

befaßt. Der Deutschnationale Handlunggehilfenverband hat eine Zählung der bei seiner Stellenvermittlung eingetragenen stellenlosen Bewerber durchgeführt und dabei auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stellenlosen im Zusammenhang mit dem Familienstande, der Dauer der Stellenlosigkeit und der Dauer der Tätigkeit in der letzten Stellung sehr eingehend untersucht. Stichtag der Erhebung war der 15. Oktober. Es wurden unter 6332 Bewerbern 3191 Stellenlose ermittelt, gleich 50,4 %. Darunter befinden sich 2899, die als Handlunggehilfen in Deutschland stellenlos wurden. Ledig waren 1859; verheiratet, verwitwet oder geschieden 1040 = 35,9 %. Daraus geht hervor, daß die verheirateten Angestellten keineswegs mehr geschont wurden bei Entlassungen als die ledigen, da nach den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung von allen Handlunggehilfen 35,3% verheiratet waren. Bis zu 3 Jahren tätig in derselben Stellung waren 1828 = 63,1 %, 3—5 Jahre 411 = 14,2 %, 5—10 Jahre 342 = 11,8 %, 10—20 Jahre 137 = 4,7 % und 15 konnten sogar auf eine mehr als 20 jährige Tätigkeit bei ihrer Entlassung zurückblicken. Die meisten Entlassungen erfolgten anfangs Oktober nämlich 1105 = 38,1 %; 369 = 12,7 % wurden im September und 805 = 27,8 % im ersten Kriegsmonat (August) entlassen. Bei den im August und September stellenlos gewordenen Bewerbern erfolgte die Entlassung häufig ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungfrist. Auf die einzelnen Berufsstellungen verteilen sich die Stellenlosen wie folgt: Kontoristen: a) Industrie: 1262 (43,5 %), b) Großhandel und Hilfsgewerbe des Handels (Spedition, Schiffahrt, Versicherung): 809 (27,9 Prozent); Verkäufer: 358 (12,4 %). Das Schicksal des verheirateten alten Handlunggehilfen tritt bei dieser Erhebung wieder deutlich hervor. Es wurden Stellenlose ermittelt im Alter von unter 20 Jahren: 383; 20—25 Jahre alt: 910 (darunter 54 verheiratet = 5,9 %); 25—30 Jahre alt: 687 (darunter 271 verheiratet = 39,4 %); 30—40 Jahre alt: 685 (darunter 506 verheiratet = 73,9 %); 40—50 Jahre alt: 187 (darunter 165 verheiratet = 88,2 %); älter als 50 Jahre waren 47 (darunter 44 verheiratet = 93,6 %). Nicht mitgezählt sind bei dieser Erhebung naturgemäß alle Handlunggehilfen, die infolge des Krieges zwar stellenlos wurden aber vor dem Stichtage der Erhebung wieder eine Anstellung fanden. — In der Sozialen Praxis (7. Jan.) beschäftigt sich Dr. K. v. Mangoldt, Frankfurt a. M., mit der Frage der

städtischen Mietunterstützungen.

Er kommt zu dem Schluß, daß die in gesicherter Stellung befindlichen Hypothekengläubiger, also vor allem die am Realkredit beteiligten großen In-

stitute, Opfer zu bringen hätten. Dr. Mangoldt veranschlagt die auf städtischen Grundstücken ruhenden gesicherten Hypotheken auf mindestens 26 Milliarden Mark. Belegt man diese mit einer einmaligen Abgabe von ½ %, so kämen bereits 130 Millionen Mark zusammen, die vorderhand voraussichtlich für das vorhandene Bedürfnis genügen würden. Allein die Reservefonds der deutschen Hypothekenbanken betragen ein Vielfaches dieser Summe, und es ist kein Grund einzusehen, warum sie nicht einmal in Zeiten der Not herangezogen werden sollten. Der Pfandbriefzinsendienst würde in keine Weise hierdurch beeinträchtigt. (Wie erinnerlich sein dürfte, war auch im „Plutus", in dem Artikel „Mietnöte" S. 709, Jahrg. 1914, die nämliche Ansicht vertreten worden.) — Der „Konfektionär" (7. Jan.) wendet sich gegen die verschiedentlich in der Presse vorgeschlagenen

Sondersteuern für Gewinne aus Heereslieferungen.

Eine solche Besteuerung würde schon wegen der Schwierigkeiten der Ermittlung der durch Heereslieferungen erzielten Gewinne auf große Hindernisse stoßen, ganz abgesehen davon, daß es an sich eine Ungerechtigkeit wäre, den Verdienst an Heereslieferungen als solchen zu besteuern, weil die Heereslieferungen ja doch die Möglichkeit zur Aufrechterhaltung vieler Betriebe und zur Durchhaltung vieler Arbeiter und Angestellten gewährt haben. Auch eine Besteuerung des Vermögenszuwachses während der Kriegszeit wäre bedenklich und unbillig, weil es dazu führen würde, daß beispielsweise die Munitionsfabriken, die durch ihre hervorragenden Leistungen einen so großen Anteil an unseren bisherigen Waffenerfolgen gehabt haben, und die Händler und Industriellen, die durch ihre Tätigkeit unsere Soldaten mit dem unentbehrlichen Wollzeug versorgt haben, nachher einen Teil der Gewinne wieder herausgeben müßten. Eine Sondersteuer ist aber auch überflüssig, weil ja eine angemessene Besteuerung der Kriegsgewinne bereits durch die Erhöhung der Staats- und Gemeindeeinkommensteuer erfolgt, für deren Höhe der Durchschnitt der drei letzten Jahresgewinne maßgebend ist. Sie fällt besonders darum ins Gewicht, weil zweifellos die Gemeinden infolge der gewaltigen Kriegslasten den Steuerzuschlag erheblich erhöhen werden müssen. Schließlich besteht ja aber auch bereits eine Besitzsteuer. Nach den Wehrsteuergesetzen wird der Vermögenszuwachs der natürlichen Personen von drei zu drei Jahren ermittelt, wobei erstmalig vom Vermögensstand am 31. Dezember 1913 ausgegangen wurde. — Die Frankfurter Zeitung (9. Jan.) gibt eine Zusammenstellung des Status der

Deutschen Privatnotenbanken bei Jahresschluß.

Bei der Bayerischen Notenbank betrug am 31. Dezember 1914 der Notenumlauf 65,52 Millionen ℳ (Ende 1913: 66,05), die Depositen 5,38 (3,87) Mill., der Wechselbestand 37,06 (40,26) Mill., die Lombardanlagen 3,15 (2,56) Mill. und der Barvorrat 30,75 (35,69) Mill. ℳ. Die Sächsische Bank hatte einen Notenumlauf von 32,90 (54,70), Depositen im Gesamtbetrage von 56,13 (41,18), einen Wechselbestand von 60,57 (60,87), Lombardanlagen im Betrage von 4,31 (30,75) und einen Barvorrat von 21,15 (22,51) Mill. ℳ. Die entsprechenden Ziffern betrugen bei der Württembergischen Notenbank 20,17 (21,23) Mill., 26,71 (18,79) Mill., 16,66 (18,92) Mill., 15,99 (12,60) Millionen und 9,18 (10,53) Mill. ℳ, sowie bei der Badischen Bank 15,09 (17,80) Mill., 12,26 (12,44) Mill., 13,83 (18,39) Mill., 9,30 (12,95) Mill. und 6,03 (9,03) Mill. ℳ. — Das

italienische Wirtschaftleben im Kriege

wird in der Kölnischen Zeitung (2. Jan.) eingehend besprochen. Die Regierung hat sich jetzt endlich zur Aufnahme einer 4½%igen Anleihe von 1 Milliarde Lire entschließen müssen, die jedenfalls ohne große Schwierigkeiten plaziert werden wird, womit aber auch fürs erste die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes erschöpft sein dürfte. Ferner sind in den letzten Wochen drei volkswirtschaftlich bedeutende königliche Erlasse veröffentlicht worden. Der erste ordnet die Gründung einer Anstalt an, die auf industrielle Anlagen und Werke, sowie Rohstoffe Kredit gewähren soll; ihr Kapital von 25 Mill. Lire ist von den drei Zettelbanken und einigen Sparkassen aufgebracht worden. Ein zweiter Erlaß regelt die Errichtung von provinziellen Genossenschaften zur Verteilung von Getreide. Durch den dritten Erlaß wird die Regelung des Moratoriums vorgenommen, das nunmehr am 31. März 1915 endgültig erlöschen soll. Bis zum gleichen Zeitpunkt sollen auch staffelweis die Barrücklagen der Banken erhöht werden. Es ist durchaus falsch, zu glauben, daß alle Kräfte des italienischen Wirtschaftlebens durch den Krieg lahmgelegt oder entmutigt seien. Allerdings wird die italienische Volkswirtschaft durch die engherzige Politik der Regierung in der Kontingentierung der Ausfuhr stark geschädigt. Noch schlimmer als die Ausfuhrschwierigkeiten sind aber die Behinderungen, denen der italienische Handel durch die Schikanen Englands und Frankreichs ausgesetzt ist. Die Vorstellungen des Ministers Sonnino bei der Tripleentente haben nichts genützt, weil man dort die Schwäche und mangelnde Energie der italienischen Regierung genau kennt. Auch die direkt betroffenen italienischen Industriellenkreise haben nicht den Mut zur offenen Auflehnung. So sind zahlreiche Fabriken wegen Rohmaterialmangel zum Einschränken ihrer Betriebe gezwungen worden. Einige Industrien allerdings arbeiten mit Hochdruck, so z. B. die Automobilindustrie, der die Aufträge aller kriegführenden Staaten zufließen. Beträchtliche Schwierigkeiten entstehen der italienischen Volkswirtschaft durch die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung. Anfangs waren die Preise für englische Kohlen um 100 % gestiegen, und erst die Erklärung der Regierung, daß sie den Kohleneinkauf übernehmen und den Ver-

kauf organisieren wolle, hat eine, wenn auch nur 50 %ige Ermäßigung herbeigeführt. Um den zahlreichen durch den Krieg brotlos gewordenen Arbeitern Arbeit zu schaffen, soll jetzt die schleunige Inangriffnahme der großen, an die Privatindustrie vergebenen Eisenbahnbauten erfolgen, zu welchem Zweck 200 Mill. Lire der zu öffentlichen Arbeiten bestimmten Beträge der Cassa dei Deposito zur Verfügung stehen. — In der Frankfurter Zeitung (7. Jan.) schildert Ulrich Rauscher die

wirtschaftliche Lage in Holland.

In den Hafenstädten ist die Arbeitlosigkeit ziemlich erheblich, in Amsterdam waren Ende Oktober von 7000 Hafenarbeitern 2500 arbeitlos, seither ist wegen des Wachsens der Minengefahr deren Zahl gestiegen. In Rotterdam ist die Verhältniszahl der Arbeitlosen noch größer. Die Werften stehen völlig still, auch die Konfektionsindustrie ist fast ganz lahmgelegt. Völlig ins Stocken geraten ist die sonst so blühende Diamantenschleiferei. Von den 12000 Diamantarbeitern haben kaum 300 Arbeit. Die Regierung hat eine ganze Anzahl von wirtschaftlichen Notmaßnahmen während des Krieges ergriffen. Sie hat die Metalldeckung der Noten von 40 auf 20 % herabgesetzt und den Einlösungzwang aufgehoben. Eine Bankvereinigung mit 200 Millionen Mark wurde für Kredithilfe gegründet, ebenso eine zentrale Mittelstandbank. Außerdem wurden für 19 Mill. Silberscheine in Umlauf gesetzt, denen sich noch Guldenscheine fast sämtlicher holländischer Städte anschlossen. Ferner hat die Regierung die Beschaffung der Lebensmittel, insbesondere die Weizeneinfuhr, in die Hand genommen, außerdem wurden Höchstpreise festgesetzt und Ausfuhrverbote erlassen. Der einzige Zweig des holländischen Wirtschaftsorganismus, der durch den Krieg direkt profitiert, ist die Landwirtschaft, die ihre Produkte zu hohen Preisen nach Deutschland und England absetzt. Auf dem flachen Lande gibt es daher keine Arbeitlosen.

Umschau.

Der Streit ums Kriegsgeld. Herr Dr. Curt Eisfeld, Berlin, schreibt: „Die durch den Krieg sehr verringerten Informationsmöglichkeiten erschweren der Presse häufig die Beurteilung bestimmter Vorgänge in Feindesland nicht unwesentlich. Dadurch entstehen mancherlei verkehrte Vorstellungen und unzutreffende Urteile. Ausserdem wird aber vielfach dieser Zustand noch besonders ausgenutzt, indem aus dem unvollkommenen Material tendenziöse Folgerungen gezogen werden. So brachte das Berliner Tageblatt über die englischen Regierungnoten jüngst eine Betrachtung, die auf den Angaben des londoner „Economist" fusste. Nachdem dargestellt worden war, dass neben den Noten der Bank von England auch „Postnoten" (wohl postal orders) und Currency-Notes umliefen, wird festgestellt, dass diese Currency-Notes Staatspapiergeld mit Zwangskurs seien. Eine genaue Information über diese Noten sei aber nicht möglich, da nur ab und zu etwas „in die Oeffentlichkeit dringe". Die Noten seien bis zum Betrag von 38,5 Millionen Lstr. ausgegeben worden. Eine Golddeckung bestehe nicht, die Noten seien lediglich durch Regierungsicherheiten gedeckt. Zwar habe die Bank von England „einige Male Gold zur Tilgung zurückgestellt", doch seien diese Beträge nur geringfügig gewesen. Hätte der Verfasser des betreffenden Artikels nur einige Seiten im „Economist" weiter geblättert, dann wäre ihm über die Frage eine erschöpfende Auskunft geworden, da der „Economist" wöchentlich einen Ausweis über die Currency-Notes bringt. So zeigt beispielsweise der Ausweis vom 30. Dezember 1914 einen Notenumlauf von 38,48 Mill. Lstr., als dessen Deckung ausser einem Guthaben bei der Bank von England von 9,28 Mill. Lstr. und Regierungsicherheiten von 9,92 Mill. Lstr. ein Goldbestand von 18,50 Mill. Lstr. diente. Eine fast 50%ige Golddeckung wird man aber nicht als unwesentlich bezeichnen können. Wir pflegen uns darüber zu entrüsten, dass die Presse unserer Gegner bei allen Gelegenheiten entstellte Nachrichten oder reine Erfindungen über unsere wirtschaftlichen und sozialen Zustände bringt. Das ist keineswegs erst eine Errungenschaft des Krieges; schon vorher waren die meisten Blätter unserer jetzigen Gegner keineswegs gut über Deutschland unterrichtet. Doch jetzt hat sich begreiflicherweise diese Unkenntnis vielfach in Hass verwandelt, dem jede noch so törichte Behauptung recht ist zur Herabsetzurg des Gegners. So nur kann z. B. ein Artikel des holländischen Korrespondenten des „Economist" erklärt werden. Dieser sieht eine Entwertung der deutschen Währung voraus, da wir gezwungen seien, unsere Kriegskosten im wesentlichen durch Notenausgabe zu decken. Bei Kriegskosten von ca. 20 Milliarden ℳ im Jahr würde der Notenumlauf, wenn man annehme, dass sich für ca. 1½ Milliarden fremder Wertpapiere im Ausland realisieren liessen, auf ca. 22½ Milliarden steigen. Auf Grund interessanter rechnerischer Kunststücke wird dann bewiesen, dass die deutsche Währung zur Zeit der 22½ Milliardenzirkulation um etwa 43½% entwertet sein werde. — Interessant ist es, dass selbst holländische Blätter gegen diesen Artikel ihres Landsmannes Stellung nehmen und ihm nachweisen, dass er zu ganz falschen Resultaten komme, da er nur einen Teil des Problemes sehe und verkehrte Schlüsse zöge. Diese primitive Auffassung vom Wesen des Geldes soll hier nicht zerpflückt werden, sondern nur als Beispiel dienen für die Verwirrung, die der Krieg in manchen Köpfen angerichtet hat. Die ersten Kriegsmonate lehrten uns bereits die militärischen Kräfte unserer Gegner besser einschätzen, als dies vor und bei Kriegsausbruch vielfach geschehen war. Auf dem weniger leicht übersehbaren Gebiet der Finanzen und des Geldwesens dagegen scheint eine entsprechende Würdigung unserer Gegner sehr viel schwerer eintreten zu wollen. Die törichte Unterschätzung besonders des englischen Geldmarktes birgt die Gefahr in sich, dass Wünsche und Erwartungen erweckt werden, deren Erfüllung durchaus utopistisch ist. Gewiss gehört es auch mit zur „Kriegsführung", des Gegners Schwächen auf ökonomischem und finanziellem Gebiet zu zeigen; doch dort Schwächen zu „finden", wo keine bestehen, ist ein sehr zweckloses, wenn nicht gar gefährliches Unterfangen. Es bleibt besser unseren Gegnern überlassen, von denen es teilweise inzwischen mit grosser Meisterschaft betrieben wird."

Steuererklärung. Herr E. Schmid, Generaldirektor der Maggi-Gesellschaft schreibt: „Im „Plutus“ vom 6. Januar d. J. bringen Sie in der Revue der Presse einen Vorschlag des Herrn Hermann Saxenberg, Charlottenburg (Vossische Zeitung vom 29. Dezember 1914), worin es eingangs heisst: „Die Deklaration des Einkommens aus Kapitalvermögen ist verhältnismässig einfach: Es werden eben nur die im abgelaufenen Jahre 1914 wirklich gehabten Einnahmen an Zinsen, Renten, Dividenden usw. aufgeführt.“ Diese Erklärung ist unrichtig und irreführend. Für natürliche Personen ist Gegenstand der Besteuerung das Einkommen des Steuerjahres selbst. Es muss also auch das Einkommen aus Quellen versteuert werden, die erst neu entstanden sind. Die soeben im Verlage von Julius Springer erschienene Schrift „Einkommensteuerpflicht und Einkommensteuerveranlagung im Kriege“ von Dr. jur. G. Strutz, gibt über die vorliegende Frage klare Auskunft.“

Auskunfteibilanzen. Von der Centrale des Kartells der Auskunfteien Bürgel G. m. b. H. in Aachen wird mir geschrieben: „Ihr Artikel „Auskunfteibilanzen“ in der Nummer 1/2 vom 6. Januar (S. 13) befasst sich in zutreffender Weise mit den Schulden der Auskunfteien aus ihnen von den Abonnenten im voraus bezahlten, von diesen aber noch nicht für den Erhalt von Auskünften vorgewiesenen Anfragescheinen. Sie erörtern auch die Frage, ob durch die Rücklagen, die das Kartell der Auskunfteien Bürgel zur Deckung seiner Schulden der geschilderten Art gebildet hat, für den Abonnenten eine „absolut zuverlässige Versicherung gegen Verluste aus vorbezahlten Scheinen“ geschaffen wird. Wir können die Frage dahingehend beantworten, dass infolge der Organisation unseres Unternehmens in Kartellform die etwa ℳ 300 000.— betragende Rücklage ausreichend ist, um die Beschaffung von Auskünften für alle „schwebenden“ Anfragescheine zu gewährleisten. Das Vorhandensein dieser Mittel hat sich besonders beim Kriegsausbruch bewährt, als bei uns wie bei allen anderen Auskunfteien der Verkauf von Anfragescheinen, d. h. die Haupteinnahmequelle, stockte, auf der anderen Seite aber die Abonnenten für die früher bezahlten Anfragescheine Auskünfte verlangten. Wir konnten den Auskunftstellen Mittel für neue Erkundigungen, die infolge des Krieges unerlässlich waren, zur Verfügung stellen und darauf verzichten, nur eine vorrätige Auskunft aus dem Archiv anzubieten oder eine nachträgliche bare Zuzahlung (sog. „Kriegszuschlag“) von den Abonnenten zu verlangen. Auch konnten wir von der Erhöhung der Preise für neue Verkäufe von Anfragescheinen vorerst absehen. Die Sachlage zeigt, dass die Rücklage ihren Zweck erfüllt. Wir stimmen Ihnen darin zu, dass die Sicherheit für die Abonnenten dadurch erhöht werden kann, dass die Staatsbehörde das Verlangen nach Bildung von Rücklagen in Höhe der Schulden der Auskunfteien aus ihnen von den Abonnenten im voraus gezahlten Beträgen stellt, diese Rücklagen bei Behörden hinterlegt und von diesen geprüft wird, ob sie „ausreichend“ sind. Das setzt aber voraus, dass die Behörden den buchmässigen Nachweis über die Anzahl der verkauften und der von den Abonnenten zurückgereichten Anfragescheine sich durch Einsicht in die Bücher beschaffen, ein Verfahren, dass immerbin Bedenken nach mancher Richtung hin hervorruft. Wir hatten deshalb in den Beratungen der Sonderkommission für das gewerbliche Auskunftwesen, die der Deutsche Handelstag im Januar v. J. berufen hatte, beantragt, der Regierung für den Erlass neuer Bestimmungen zu empfehlen: „Ein jedes Auskunft-, Detektiv- oder Inkassobüro hat eine Kaution in mündelsicheren Wertpapieren oder bar von mindestens 5000 ℳ zu stellen. Die Kaution ist auf 20 000 ℳ zu erhöhen, wenn der Geschäftsinhaber Anfragescheine ausgibt und sich diese im voraus bezahlen lässt. Für Unternehmungen, die Filialen oder Zweigstellen unterhalten, erhöht sich die Kaution für jede der ersten 10 Filialen um 2000 ℳ und für alle weiteren um 1000 ℳ.“ Aus diesen Kautionen könnten im Falle der Zahlungunfähigkeit einer Auskunftei die Abonnenten für die wertlos gewordenen Anfragescheine schadlos gehalten werden. Das Verlangen nach Hinterlegung einer Kaution würde aber auch mittellose Personen von dem Gewerbe von vornherein fern halten, die es lediglich ergreifen, um sich durch den Verkauf von Anfragescheinen in den Besitz von Geldmitteln zu setzen, aber ihren Abonnenten später das Nachsehen überlassen. Man hat (auch von Auskunfteien) eingewendet, dass es Sache des Kaufmanns sei, zu erwägen, welcher Auskunftei er Vertrauen entgegenbringen und Anfragescheine im voraus bezahlen könne. Die konsolidierten Institute seien bekannt. Es entsteht die Frage, wie soll der Kaufmann prüfen, ob nicht auch diese Auskunfteien durch ihre „schwebenden“ Anfragescheine überschuldet sind? Der Verfasser Ihres Artikels will hier den Gewerbetreibenden mit dem „staatlichen Aufsichtamt“ zu Hilfe kommen. Ohne diesen Vorschlag heute schon zu erörtern, stimmen wir Ihrem Verlangen nach Konzessionszwang für den Betrieb einer Auskunftei zu. Die Konzessionierung wird aber nur dann die von Ihnen in einem früheren Artikel (Jahrgang 1914, Heft 30, S. 574 ff.) geschilderte Wirkung haben, wenn sie verbunden wird mit einer Kautionsleistung. Der Deutsche Handelstag hat bedauerlicherweise seinerzeit unseren Antrag, „die Auskunfteien sollen bei Eröffnung des Gewerbes Sicherheiten leisten“, zurückgestellt „bis zu etwaigen späteren Verhandlungen über Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen“. Behörden und auch Auskunfteien (u. a. auch die Verbandsleitung der Vereine Kreditreform in ihrer Eingabe an die Handelskammer vom 17. Dezember 1912, Reform des Auskunftwesens betreffend) bezeichneten das von uns geübte Verfahren der Bildung von Rücklagen für die Schulden aus „schwebenden“ Anfragescheinen als „unwirtschaftlich“. Wie wirtschaftlich notwendig eine solche Rücklage ist, hat der Ausbruch des Krieges gezeigt. Das sind wir und auch alle anderen Auskunfteien zu bestätigen in der Lage, soweit letztere geneigt sind, Offenheit zu bezeugen. Ob ausreichende Rücklagen überall vorhanden und wie weit dadurch, dass sie fehlten, Gewerbetreibende geschädigt sind, das festzustellen kann nicht unsere Aufgabe sein. Mit Recht bezeichnen Sie die niedrige Bemessung der Preise für Anfragescheine als das „Grundübel“ für die Klagen über das gewerbliche Auskunftwesen. Bei den heutigen Preisen ist es dem Einzelunternehmer in diesem Gewerbe

gar nicht möglich, von den Einnahmen für jeden „schwebend“ gebliebenen Anfrageschein die Durchschnittsgebühr, die die Beschaffung der Auskunft erheischt, zurückzu stellen. Bei dem Verfahren würde er mit einer erschreckenden Unterbilanz arbeiten. Dass wir in der Lage sind, solche Rücklagen zu bilden, begründet sich in der korporativen Verfassung unserer Vereinigung (Kartellform) Um die Verpflichtungen aus „schwebenden“ Anfragescheinen zu beschränken und eine Uebersicht über sie zu ermöglichen, begrenzen wir die Gültigkeit der Anfragescheine auf zwei Jahre. Bei Auskunfteien, die Anfragescheine mit unbegrenzter Gültigkeit verkaufen, müssen die Schulden ins Uferlose anwachsen.“

* * *

Gs. Aus dieser Zuschrift geht hervor, dass man sich in Auskunfteikreisen den vorhandenen grossen Mängeln gegenüber keineswegs verschliesst und auch die von uns gemachten Sanierungvorschläge: Behördliche Konzessionierung der Auskunfteien, Schaffung eines staatlichen Aufsichtamts für das Auskunftwesen, sowie Schaffung von — seitens der Aufsichtbeamten als Treuhändern verwalteten — Depots, die zur Sicherung der Abonnenten für Forderungen aus unerledigten Scheinen dienen, nicht grundsätzlich ablehnt. Ob das von uns vorgeschlagene System der Deponierung eines Betrages pro Schein, der den durchschnittlichen Erledigungkosten einer Anfrage entspricht, oder das von Bürgell propagierte der Kautionsleistung den Vorzug verdient, kann natürlich nicht theoretisch entschieden, sondern könnte erst dann zuverlässig beantwortet werden, wenn durch die bei der Konzessionierung vorgenommene Prüfung eine genaue Uebersicht über den Status und den Geschäftsumfang der verschiedenen Auskunfteien möglich wäre. An der gesonderten Verwaltung der Depots aber, wenn solche geschaffen würden, und der gänzlichen Loslösung von der deponierenden Firma müsste auf jedem Fall bestanden werden. Zu befürworten wäre auch noch, dass das zu schaffende Aufsichtamt die Umlaufsdauer der von den Auskunfteien angegebenen Scheine generell auf ein Jahr beschränkt. Die Schulden der Auskunfteien und damit die Notwendigkeit der Depotschaffung würden sich damit ganz erheblich reduzieren.

Gedanken über den Geldmarkt.

Die Entwicklung des Geldmarkts seit dem Jahresbeginn folgt ganz und gar den Linien, die schon in den Tagen der Monatswende deutlich hervortraten. Ständig zunehmend strömt das Anlage suchende freie Kapital dem offenen Markte zu, um hier zu kurzfristiger Verwendung zu gelangen. Eine Festlegung auf lange Zeitdauer in Form von Hypotheken usw. wird dagegen nur in den seltensten Fällen gewünscht. Diese Bevorzugung der kurzen Placierung erscheint schon an sich aus den Zeitverhältnissen heraus begreiflich, es kommt aber noch hinzu, dass bedeutende Teile der schwimmenden Kapitalien aus Quellen stammen, zu denen sie bei Eintritt friedlicher Verhältnisse sofort wieder zurückfliessen müssen, man denke nur an die Summen, die der Ueberseegrosshandel aus der Räumung der Rohstoffläger zurzeit verfügbar hält, ferner an die Millionen freier Betriebsmittel, die aus der Lahmlegung verschiedener nur für Friedens- oder Luxusbedarf arbeitenden Industrien herrühren.

In erster Reihe hat sich das Anlagebedürfnis in den letzten Wochen auf den Effektenmärkten fühlbar gemacht, wo gewaltige Posten der neuen Kriegsanleihen aus den Händen der ersten Massenzeichner, wie Banken, Versicherunggesellschaften usw., bei ständig steigenden Kursen in den Besitz des Einzelkapitals übergingen. Die Bewegung, die noch in voller Entwicklung ist, hat bereits ein Agio von 2—3 % für beide Anleihekategorien geschaffen, ohne dass die Kauflust des Publikums bisher irgendwelche Abnahme erkennen lässt, in der Tat ein glänzendes Dokument für unsere Kapitalkraft und das Vertrauen in die deutschen Waffen! Auch die Aussicht auf eine neue Milliardenemission des Reiches hat den Eifer nicht zu dämpfen vermocht, zumal es hiess, dass die Emission nicht vor März zu erwarten sei und sogar verlautete, dass die Regierung, gestützt auf den ersten ausserordentlichen Erfolg, das nächste Mal nur einen 4½ %igen Typus bieten würde.

Unter den sonstigen Anlagegelegenheiten des offenen Marktes spielten Rediskontierungen von Reichsschatzwechseln seitens der Reichsbank eine erhebliche Rolle. Wir hatten neulich schon darauf hingewiesen, dass hier die einzige Handhabe für die Reichsbank liegen könnte, das Missverhältnis auszugleichen, das zwischen der wachsenden Beanspruchung des Instituts durch den Reichsfiskus und der ständig zunehmenden Flüssigkeit des offenen Marktes liegt, bis eine neue Anleiheemission des Reiches die natürliche Beendigung dieses Gegensatzes bringt. Die Reichsbank hat tatsächlich bereits beträchtliche Posten solcher Reichswechsel mit zwei- bis dreimonatiger Laufzeit im offenen Markt verkauft, die sie etwas unter dem Privatsatze anbrachte. Als Käufer traten in erster Reihe die Grossbanken auf, welche die Wechsel teilweise für das eigene Portefeuille, teilweise zur Weitergabe an ausländische Reflektanten erwarben. So soll namentlich Holland Interesse für die Wechsel bekundet haben. Die Banken selbst werden aber zweifellos diese Gelegenheit zur Anlage eigener Mittel sehr begrüsst haben, da ihre Kassenbestände sehr gross sind und ständig weiter wachsen. Zum Ankauf von Privatdiskonten bietet sich zurzeit nur wenig Gelegenheit, da trotz des billigen Satzes von ca. 4⅛ % das Material dauernd sehr knapp ist.

Die Zunahme der Spekulation im Kassageschäft des Industriemarktes hat die Nachfrage nach täglichem Gelde etwas gehoben, im Verhältnis zur Summe der Unterkunft suchenden Gelder fällt aber dieser Bedarf kaum ins Gewicht. Im allgemeinen besteht kein Grund zur Annahme, dass sich an der leichten Veranlagung des Geldmarktes vor Begebung der nächsten Anleihe viel ändern wird. Denn die einzige Stelle, die grössere Summen absorbieren könnte, die Reichsbank, kann ihre Rediskontierungen nicht beliebig ausdehnen, da für die Reichswechsel nur ein beschränkter Kreis von Käufern in Betracht kommt und die Banken auch nur einen begrenzten Teil der ihnen jetzt zuströmenden Kapitalien in dieser Form anlegen könnten, da bei plötzlichem Geldbedarf eine Flüssigmachung der angelegten Gelder durch Lombardierung bei der Reichs-

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Tag	Ereignisse
Mittwoch, 20. Januar 3 %	*G.-V.:* Ostelbische Spritwerke, Gasanstalt Garden, Körting Elektrizitäts-Werke. — Schluss der Einreichungfrist B. Liebold & Co., Akt.-Ges.
Donnerstag, 21. Januar 3 %	Ironage-Bericht. — Bankausweis London. — *G.-V.:* Wanderer Fahrradwerke, Reiniger, Gebbert & Schall
Freitag, 22. Januar $2^{7}/_{8}$ %	*G.-V.:* Dr. Paul Meyer Akt.-Ges.
Sonnabend, 23. Januar $2^{7}/_{8}$ %	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Vogel Fabrik isolierter Drähte, J. Elsbach & Co., Brauerei Isenbeck, Schwabingerbrauerei.
Montag, 25. Januar $2^{7}/_{8}$ %	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Samlandbahn, Banque de Mulhouse, Deutsche Samoa-Gesellschaft, J. P. Bemberg Akt.-Ges., Deutsche Mineralölindustrie Akt.-Ges., H. Henninger-Reifbräu Dresden.
Dienstag, 26. Januar $2^{7}/_{8}$ %	*G.-V.:* Hochseefischerei Nordstern Geestemünde.
Mittwoch, 27. Januar $2^{7}/_{8}$ %	
Donnerstag, 28. Januar $2^{7}/_{8}$ %	Ironage-Bericht. — Bankausweis London. — *G.-V.:* Hannoversche Baumwollspinnerei und Weberei, Deutsche Bierbrauerei-Akt.-Ges., Comptoir d'Escompte de Mulhouse.
Freitag, 29. Januar 3 %	
Sonnabend, 30. Januar $3^{1}/_{8}$ %	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Hofbierbrauerei Schöfferhof u. Frankfurter Bürgerbräu, Höcherlbräu, Chemische Fabrik Moritz Milch, Waggon- und Maschinenfabrik Busch, Vulkan Maschinenfabrik-Ges. Berlin. — Schluss der Einreichungfrist Aktien Berliner Terrain- u. Bau-Akt.-Ges.
Montag, 1. Februar $3^{1}/_{8}$ %	*Reichsbankausweis. — Berlins Getreidebestände, Hamburger Kaffeevorräte, Januar-Ausweise Grosse Berliner Strassenbahn, Allgemeine Omnibus-Akt.-Ges., Elektrische Hoch- und Untergrundbahn, Hamburger Strasseneisenbahn, Hamburg-Altonaer Centralbahn.*
Dienstag, 2. Februar $3^{1}/_{8}$ %	*G.-V.:* Rheinische Automobil-Ges., Mannheim, Eisenwerk München Kiessling-Moradelli.
	Ausserdem zu achten auf: Jahresberichte, Berliner Kassenverein, Deutsche Treuhand-Ges., Abschlüsse der Banken, Geschäftsbericht der Berliner Hypothekenbanken.
	Verlosungen: 20. Januar: 2% Lütticher 100 Frcs. (1897), 3% Pariser 400 Frcs. (1871). 22. Januar: 3% Crédit fonc. de France Komm.-Obl. (1912), $2^{1}/_{2}$% Pariser 400 Frcs. (1892). 1. Febr.: Augsburger 7 Gld. (1864), 3% Belgische Comm.-Credit 100 Frcs. (1868), Braunschweiger 20 Tlr. (1868), 3% Genfer 100 Frcs. (1880), Italienische Gesellschaft vom Roten Kreuze 25 Lire (1885), $3^{1}/_{2}$% Köln-Mindener 100 Tlr. (1870), 5% Oesterreichische 500 Gld. (1860), $2^{3}/_{4}$% Pariser 400 Frcs. (1905), Roubaix u. Tourcoing 50 Frcs. (1860), Sachsen-Meininger 7 Gld. (1870), Türkische 400 Frcs. (1870), 3% Verviers 100 Frcs. (1873).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

bank zwar jederzeit möglich wäre, aber einen erheblichen Zinsverlust bedingen müsste. Die zunehmende Geldflüssigkeit findet übrigens in den Mitteilungen der Reichsbank über den Stand der Darlehenskasse vom 7. Januar sichtbaren Ausdruck. Darnach sind die Darlehen in der ersten Januarwoche allein um nicht weniger als 320.5 Mill. Mark zurückgegangen. Der Gesamtbestand an Darlehen ist hiermit wieder unter eine Milliarde gesunken, obgleich sich die Entnahmen der fiskalischen Geldnehmer in den letzten Wochen sicherlich stark vermehrt haben.

Der Devisenmarkt bewahrte eine ruhigere Haltung. Nachdem die Deutschland zum Kupontermin erreichenden Rimessen Erledigung gefunden hatten, machte sich die trotz aller Ausfuhrverbote noch immer bestehende rege Devisennachfrage für Warenbezüge zeitweilig wieder stärker fühlbar. Mit Unterstützung der Reichsbank gelingt es aber, den Bedarf unter mässiger Erhöhung des Kursniveaus zu decken. Nur Kabel Newyork stieg neuerdings wieder stärker, nachdem die Aussichten für ungestörten Bezug amerikanischer Baumwolle gewachsen sind.

An den ausländischen Geldmärkten haben Verschiebungen der Zinssätze von Bedeutung nicht stattgefunden. In Italien und Holland sind erfolgreiche Zeichnungen auf grosse Inlandsanleihen erfolgt, deren Wirkung auf die Zinssätze erst nach dem Beginn der Einzahlungen zu beurteilen sein wird. Frankreich war zu einem erneuten Appell an den Londoner Markt genötigt, wo es zehn Mill. Pfund einjährige 5%ige Schatzwechsel unterbrachte. Sie wurden zwar genommen, aber anscheinend nur zögernd, da die Zeichnung längere Zeit offen bleiben musste. Es handelt sich hier wohl um eine Operation zur Bezahlung dringender Warenschulden in England, während diese kleine Transaktion mit der noch ungelösten Deckung des gewaltigen finanziellen Kriegsbedarfs nichts zu tun hat. Justus.

Antworten des Herausgebers.

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der Herausgeber des Plutus erteilt grundsätzlich keine Auskünfte über die Solidität und den Ruf von Firmen sowie über die Qualität von Wertpapieren. Alle hier wiedergegebenen Auskünfte sind nach bestem Wissen und eventuell nach eingehender Erkundigung bei Sachverständigen erteilt. Die Auskunfterteilung ist jedoch eine durchaus freiwillige Leistung des Herausgebers, für die er keinerlei vertragliches Obligo übernimmt.

O. M., Steglitz. Anfrage: „1. Laut gesetzlicher Verordnung vom 7. August 1914 sollen alle Zahlungen resp. Forderungen, deren Ursprung vor dem Kriege liegt, also vor dem 31. Juli 1914, einer Zahlungfrist unterliegen. Wie ist es nun mit den Forderungen resp. Wechseln, die jetzt während des Krieges ausgeschrieben worden sind? Gilt hier, trotzdem sich doch das Gesetz deutlich ausdrückt, doch die Zahlungfrist? Ich wundere mich deshalb darüber, weil eine berliner Grossbank mir kürzlich allerdings auf Telefonanruf, erklärte, dass es gleich sei, ob ein Wechsel vor dem 31. Juli oder später entstanden ist, er unterliegt auf jedem Falle einer Zahlungfrist. Ich wäre Ihnen verbunden, wenn ich Aufklärung hierüber erhalten könnte. 2. Gibt es ein Werk, das sich mit dem neuesten Zahlungaufschub in kurzer, übersichtlicher Weise befasst?"

Antwort: Die Kriegsgesetzgebung will nur für die vor Kriegsausbruch entstandenen Forderungen die Möglichkeit eines Zahlungaufschubes schaffen. Die Bundesratsverordnung vom 7. August besagt hierüber ausdrücklich: „Der Antrag (auf Bewilligung einer Zahlungfrist von längstens 3 Monaten) ist nur zulässig, wenn Gegenstand des Rechtsstreites eine vor dem 31. Juli 1914 entstandene Geldforderung ist." Die Rechtsprechung hat in den meisten mir bekannten Fällen angenommen, dass der Begriff „entstanden" in dem Sinne auszulegen ist, dass der Ursprung der Zahlungverpflichtung vor dem 31. Juli 1914 liegt. So ist beispielsweise entschieden worden, dass eine am 1. Oktober fällige Mietzinszahlung unter den Begriff einer vor dem Krieg enstandenen Forderung entfällt, weil der den Zahlunganspruch begründende Mietvertrag vor dem 31. Juli 1914 abgeschlossen war. Liegt der eigentliche Ursprung der Forderung aber zeitlich bereits hinter dem 31. Juli 1914, so wird das Gericht einem Stundungantrag nicht stattgeben können, abgesehen natürlich von den Fällen, wo es sich um Geltendmachung eines Anspruches gegen einen Kriegsteilnehmer handelt, und wo dann die zum Schutze der Angehörigen des mobilen Heeres erlassenen Sonderbestimmungen Platz greifen, es also gar nicht erst zum Ausklagen der Forderung kommt. Nun darf aber aus der Tatsache, dass die Rechtsprechung bei Geldforderungen den zeitlichen Ursprung der Forderung als massgebend für die Bewilligung der Stundungfrist anerkannt hat, nicht etwa geschlossen werden, dass ein gleiches auch dem Wechselschuldner gegenüber gilt. Hier ist nicht mehr der Zeitpunkt der Entstehung der Schuld, auf der der Wechsel basiert, sondern vielmehr der der Ausstellung des Wechsels massgebend. Die Ausstellung eines Wechsels führt nämlich — ebenso wie es bei der Hypothek im Gegensatz zur Grundschuld der Fall ist — eine Novation der Schuld derart herbei, dass das Band zwischen der alten Schuld und dem Wechsel vollkommen durchschnitten ist. Der Wechsel stellt ein absolut selbständiges Schuldversprechen dar, und es können im Wechselprozess daher auch keine Einwendungen mehr erhoben werden, die sich auf die ursprüngliche Forderung beziehen. Entsprechend der Rechtsnatur des Wechsels als selbständigem Schuldversprechen muss daher entgegen der Ihnen zuteil gewordenen Information hier der Ausstellungtag des Wechsels massgebend sein. Ist ein Wechsel also während des Krieges ausgeschrieben worden, so hat er, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des Abschlusses des ihm zugrunde liegenden Geschäftes keinen Anspruch auf Gewährung einer Zahlungfrist. Die betr. Grossbank hat vielleicht irrtümlicherweise sich auf die Bestimmung des Bundesrats vom 4. August gestützt, nach der „Die Fristen für die Vornahme einer Handlung, deren es zur Ausübung oder Erhaltung des Wechselrechts bedarf, bis auf weiteres um 30 Tage verlängert werden". Es kommt übrigens hier lediglich auf den Wechselgläubiger an, ob er von den durch diese Anordnung zugelassenen Erleichterungen Gebrauch machen will. 2. Sintenis, Finanz- und wirtschaftliche Kriegsgesetze 1914 (2.— *M*).

Plutus-Archiv.

Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

§ 70 HGB., §§ 164, 278 BGB.

Entlassung des Angestellten wegen Aeusserungen seines Vertreters bei Verhandlungen mit dem Prinzipal. Die Klägerin hatte ihre Tätigkeit bei der Beklagten eingestellt, weil diese wegen des Krieges nur die Hälfte des Gehaltes zahlte. Zwecks Verhandlungen hierüber schickte sie ihren Vater zur Beklagten. Er suchte dieser klarzumachen, dass sie nach dem Gesetz im Unrecht sei. Im Laufe der Auseinandersetzung äusserte er, er werde die Klage beim Kaufmannsgericht einreichen; er tue das aus Prinzip; denn die Zeitungen freuten sich, wenn sie derartige Fälle zur Veröffentlichung bekämen. Hierin erblickte die Beklagte eine Drohung und entliess deshalb die Klägerin, deren Vater die Aeusserung getan hatte. Das Kaufmannsgericht erklärte die Entlassung für gerechtfertigt: der Vater der Klägerin habe als ihr Vertreter ihren Interessen entgegengehandelt. Er habe geglaubt, auf Grund besonderer Rechtskenntnisse die Sachlage der Beklagten darlegen zu können und dadurch ihr gegenüber ein Uebergewicht zu haben. Die Klägerin müsse das gegen sich gelten lassen. Ihr Vater sei über die Form hinausgegangen, die der Vertreter eines Angestellten einem Prinzipal gegenüber wahren müsse. Zu der Aeusserung habe kein zwingender Anlass vorgelegen. Durch dieses Verhalten ihres Vertreters habe die Klägerin ihre Ansprüche verwirkt. (Urteil der V. Kammer vom 8. Oktober 1914.) — Die Entscheidung sucht die Sünden der Väter an den Kindern heim! Recht bedenklich! Und rechtlich verfehlt! Der Vertretene muss natürlich gegen sich Erklärungen gelten lassen, die sein Vertreter für ihn innerhalb seiner Vollmacht abgibt. Aber man kann den Bestand eines Vertragsverhältnisses nicht von Ungehörigkeiten abhängig machen, die der Vertreter sich gelegentlich von Verhandlungen zu schulden kommen lässt, die zum Austrag von Meinungverschiedenheiten geführt werden. Anders freilich würde es sein, wenn sich die eine Vertragspartei zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten einer andern Person bedient. Hierbei muss sie allerdings deren Verschulden, wie eigenes, vertreten (§ 278 BGB.). Aber ein solcher Fall lag hier nicht vor. Der Vater hat seine Tochter nicht in ihrer Dienstfähigkeit vertreten. Er hatte der Beklagten gegenüber keine vertragliche Verpflichtung zu besonderer Achtung; er stand zur Beklagten nicht im Verhältnis eines Angestellten. Die Entscheidung bedeutet eine ungerechtfertigte Härte für die Klägerin, um so mehr, als diese tatsächlich im Recht war. Sie zeigt übrigent wieder einmal, wie empfindlich das Kaufmannsgericht werden kann, wenn jemand Rechtskenntnisse hervorkehrt.

§ 133 BGB.

Schweigen auf den Vorschlag einer Gehaltskürzung gilt nicht ohne Weiteres als Zustimmung. Die beklagte Firma hatte am 8. August dem Personal erklärt, dass sie nur noch das halbe Gehalt zahle; dafür solle niemandem früher als zum 1. Oktober gekündigt werden. Die Klägerin, die noch minderjährig ist, erklärte darauf zunächst nichts. Am nächsten Tage aber kam ihr Vater und erklärte der Beklagten, dass seine Tochter das volle Gehalt beanspruche. Die Beklagte, die für August nur die eine Hälfte bezahlt hat, wird verurteilt, die andere nachzuzahlen: wenn ein Mädchen im Alter von 17, 18 Jahren auf die Mitteilung, das Gehalt werde gekürzt, im Augenblick nichts sage, wohl aber am folgenden Tage ihren Vater schicke, so sei dies ausreichend. (Urteil der V. Kammer vom 8. Oktober 1914.)

§ 72 Ziffer 4 HGB.

Entlassung wegen Beleidigung des Vertreters des Prinzipals. Der Kläger hatte im Laufe einer Auseinandersetzung zum Vertreter des Prinzipals gesagt: „Ich bin mehr Kaufmann als Sie", und es abgelehnt, sich deswegen zu entschuldigen. Das Kaufmannsgericht erklärt die Entlassung für gerechtfertigt: Die Aeusserung sei ungehörig und geeignet, die Autorität dessen, der zum Vertreter des Prinzipals bestellt sei, zu untergraben. (Urteil der II. Kammer vom 4. November 1914.)

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Geweihte Stätten. Von Rudolf Presber. Mit einem farbigen Kunstblatt und etwa 200 Bildern. „Leuchtende Stunden". Eine Reihe schöner Bücher. Unter Mitwirkung namhafter Kunstphotographen. Herausgegeben von Franz Goerke, Direktor der Urania in Berlin. Preis kart. 1,75 *M.* Berlin-Charlottenburg. Vita.

Nachtrag zu „Sintenis", Finanz- und wirtwirtschaftspolitische Kriegsgesetze 1914. Die Bekanntmachungen des Bundesrats aus der Zeit vom 8. September bis 22. Oktober 1914. Preis 50 Pf. Mannheim, Berlin, Leipzig 1914. J. Bensheimer.

Im Kriegszustand. Die Umformung des öffentlichen Lebens in der ersten Kriegswoche von Dr. J. Jastrow, Professor an der Universität Berlin. Preis brosch. 3,60 *M.*, geb. 4,60 *M.* Berlin 1914. Verlag von Georg Reimer.

I. Der Kriegsbeginn. — Die veränderten Grundlagen der Verwaltung. — II. Die Zweige der Staatsverwaltung. — III. Gemeinde und Gemeinnützigkeit: 1. Aufgabenkreis der Gemeinden; 2. Freiwillige Hilfe; 3. Zusammenwirken. — IV. Ergebnis: 1. Organisation; 2. „Kriegszustand" in neuer Bedeutung. — Anhang: Frühere Gesetze. Die ersten Kriegsverordnungen. — Das Gesetzgebungwerk vom 4. August 1914. — Die Bundesratsbekanntmachungen. — Verordnungen des Oberbefehlshabers in den Marken. — Kriegsstatistik der freien Gewerkschaften. — „Kriegsführer" der Berliner Zentrale für private Fürsorge. — Die Kriegshilfe der deutschen Stadtverwaltungen. — Zusammenstellungen. — Nachträge.

Kann Deutschland durch Hunger besiegt werden? Eine Kriegsbetrachtung von Friedrich Edlen von Braun, Ministerialrat und Vorstand der Abteilung für Landwirtschaft im Kgl. Bayer. Staatsministerium des Innern, Preis brosch. 3,— *M.* München 1914. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Gerber.

Ernteflächen der wichtigsten Nährfrüchte für Menschen und Vieh. — Ernteertrag der wichtigsten Nährfrüchte für Menschen und Vieh. — Ernteertrag zum Verhältnis der Fläche. — Berechnung der verfügbaren Mengen von Getreide und Kartoffeln usw. — Endgültige Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1913. — Hausschlachtungen 1911/12. — Schlachtvieh- und Fleischbeschau. — Fleischverbrauch im Deutschen Reiche in den Jahren 1912 und 1911. — Verbrauchsberechnungen. — Zuckerverbrauch im Zollgebiete. — Zuckergewinnung. — Die Sicherung der Brotversorgung in der Schweiz. — Die Ernährung der Bevölkerung Deutschlands durch eigene Produktion.

Der englische Seeräuber und sein Handelskrieg. Von einem Hamburger Kaufmann. Preis 20 Pf. Berlin SW. 11. Concordia, Deutsche Verlagsanstalt G. m. b. H.

Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft. Herausgegeben vom Deutschen Verein für Versicherungs-Wissenschaft. Schriftleitung Prof. Dr. phil. et jur. Alfred Manes. Band XIV. 6. Heft. 1. Nov. 1914. Berlin 1914. Ernst Siegfried Mittler & Sohn.

Anthropometrie und Lebensversicherung. Von Prof. Dr. phil. Bohlmann, Berlin. — Gesichtspunkte für die Grenzziehung zwischen Angestellten und Selbständigen in der Angestellten-Versicherung. Von gepr. Rechnungpraktikanten Schneider, Reichsversich.-Anst. Berlin. — Ein Beitrag zur analytischen Ausgleichung von Sterbetafeln. Von Mathematiker Dr. phil. Ulrich. — Die Gefahrenbeurteilung im Zusammenhang mit der Statistik bei industriellen Risiken. Von Prof. Henne, Aachen. — Entscheidungen auf dem Gebiet der privaten Unfallversicherung. Von Reg.-Rat Petersen, Berlin. — Versicherungwissenschaftliche Dissertationen auf reichsdeutschen Universitäten, die vom 15. August 1909 bis zum 31. Dezember 1912 erschienen sind, soweit sie veröffentlicht worden sind. Vom Versicherungverständigen Leopold.

Konzentration der Güterschiffahrt auf der Elbe. Von Dr. Erich Pleissner. Ergänzungsheft L der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Herausgegeben von Dr. K. Bücher, o. Prof. an der Universität Leipzig. Preis im Einzelverkauf 6.— *M.* Tübingen 1914, Verlag der Lauppschen Buchhandlung.

Der Güterverkehr auf der Elbe als Gegenstand der Organisation. — Umfang und Entwicklung des Frachtverkehrs auf der Elbe. — Entwicklung der Elbflotte. — Organisation der Einzelunternehmungen. — Wesen der gewerblichen Einzelunternehmung. — Die Kleinschiffahrt. — Die Grossschiffahrt. — Die wirtschaftlichen Vereinigungen und Kartelle in der Elbschiffahrt. — Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Kleinschiffahrt. — Die Kartellbestrebungen in der Grossschiffahrt. — Betriebskonzentration der Klein- und Grossschiffahrt seit 1903.

Der Panamakanal. Seine Geschichte, seine technische Herstellung, seine künftige Bedeutung. Von Prof. Dr. Georg Wegener, Dozent an der Handelshochschule Berlin. Jahrgang 36. Nr. 282 Heft 2 der Volkswirtschaftlichen Zeitfragen. Herausgegeben von der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin. Preis 1.— *M.* Berlin, Verlag von Leonhard Simion Nf.

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche. 38. Jahrgang, herausgegeben von Gustav Schmoller. 2. und 3. Heft. Preis brosch. 15.— *M.* München und Leipzig 1914, Verlag von Duncker & Humblot.

Heft 1: Die Tatsachen der Lohnbewegung in Geschichte und Gegenwart. Von Gustav Schmoller. — Die Stellung

der Werturteile in der Nationalökonomie. Von Eduard Spranger. — „Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes“ nach der Berufszählung vom 12. Juni 1907. Von Paul Kollmann — Die österreichische Volkszählung vom 31. Dezember 1910. Von Paul Martini. — Deutsch-französische Wirtschaftbeziehungen zur napoleonischen Zeit. Von Eugen Tarle. — Die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger und ihre wirtschaftliche Bedeutung für das Theater. Von Rudolf Spuhl. — Das Problem der öffentlichen Arbeitlosenversicherung nach seinem gegenwärtigen Stande. Von Ernst Bernhard. — Die neueren Agrarreformen und die Pachtgenossenschaften in Rumänien. Von Constantin Maltezianu. — Der Kampf um das Petroleum. Von Oswald Schneider. — Aus hundert Jahren deutscher Eisen- und Stahlindustrie. Von Rudolf Keibel. — Die Ergebnisse des zweiten deutschen Soziologentages. Von Walther Köhler.

Heft 3: Geschichte der Lohntheorien. Von Gustav Schmoller. — Die Militäranwärter und die Zivilversorgung. Von G. Flügge. — „Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes“ nach der Berufszählung vom 12. Juni 1907. II. Von Paul Kollmann. — Der Geburtenrückgang und seine Statistik. Von Eugen Würzburger. — Ein Beitrag zur preussischen Wasserwirtschaft und Wassergesetzgebung der letzten 100 Jahre. Von Wilhelm Bührig. — Die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Kommanditgesellschaften auf Aktien. Von Otto Bundschuh. — Bulgariens Stellung in der Weltwirtschaft. Von Wilhelm Offergeld. — Die Ausgabenverwaltung im Haushalte des Arbeiters und des mittleren Beamten. Von Gerhard Albrecht — Die internationale Stellung der deutschen Eisenindustrie. Von Ernst Günther. — Die neuere Entwicklung des öffentlichen Schuldenwesens in Deutschland. Von Johannes Pfitzner. — Die Erkenntnis des Sittlich-Richtigen und die Nationalökonomie. I. Von Oskar Engländer.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. In Verbindung mit Werner Sombart, Max Weber und Robert Michels. Herausgegeben von Edgar Jaffé. Redaktionssekretär Emil Lederer, Heidelberg, 39. Band. I. Heft. Tübingen 1914, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Die Wellenbewegung des Wirtschaftlebens. Von Prof. Joseph Schumpeter, Graz. — Die Ansprüche der Arbeiter. Von Prof. Richard Schüller, Wien. — Auswanderung und Schiffahrt. Von Dr. Arthur Salz, Heidelberg. — Zur Kritik der Nationalökonomie. Von Dr. S. Kliwansky, Moskau. — Die Gesetzmässigkeit in der Bewegung der Bevölkerung. Von Prof. Ferdinand Tönnies, Eutin. — Die Störungen im Wirtschaftleben der österreichisch-ungarischen Monarchie während der Jahre 1912/13. Von Dr. Ludwig v. Mises, Wien. — Die deutschen Auswanderer auf dem Arbeitmarkte in einigen grösseren Städten Brasiliens. Von Dr. Friedrich Freise, Ponte Nova.

Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Gegründet von Bruno Hildebrand. Herausgegeben von Dr. J. Conrad, Prof. in Halle a. S. In Verbindung mit Dr. Edgar Loening, Dr. W. Lexis, Dr. H. Waentig. 103. Band. II. Folge. 48. Band. Zweites Heft. August 1914. Nebst Volkswirtschaftlicher Chronik Juni 1914. Preis d. Heft. 5.— *M*, Jena, Verlag von Gustav Fischer.

Die Kritik des Subjektivismus an der Hand der sozialorganischen Methode. Von Rudolf Stolzmann. — Die Arbeitzeit in der Grosseisenindustrie. Bearbeitet nach den Jahresberichten der Königl. Preussischen Regierung- und Gewerberäte für 1913.

Handwörterbuch der Kommunal-Wissenschaften. Herausgegeben von J. Brix, H. Lindemann, O. Most, H. Preuss, A. Südekum. Lieferung 2. Jena 1914, Verlag von Gustav Fischer.

Arbeiterstatistik — Arbeiterunterrichtskurse. — Versicherung der Gemeindearbeiter insbesondere. — Arbeitanstalten und Arbeitzwang. — Arbeitlosenbeschäftigung. — Arbeitlosenstatistik. — Arbeitlosenversicherung. — Arbeitlosigkeit und Arbeitlosenfürsorge. — Arbeitmarkt. — Arbeitmarktstatistik. — Arbeitnachweis. — Arbeitort und Zuschussanspruch. — Arbeitschulen und Arbeitunterricht. — Arbeitzeit, ungeteilte. — Archive. — Armenpfleger. — Armenwesen. — Asylwesen. — Auenrecht. — Aufsichtbehörden. — Ausbildung der Beamten. — Ausgleichsfonds. — Aussellungen. — Automobilstrassen. — Autonomie. — Bäckereien. — Badewesen. — Bakteriologische Untersuchungstation. — Banken, kommunale.

Die schweizerischen Hypothekenbanken. Von J. Weber-Schurter, Direktor der schweizerischen Bodenkredit-Anstalt in Zürich. Preis 4.80 *M*. Zürich 1914, Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli.

Bodenverschuldung und Bodenkredit der Schweiz. — Organisation, Geschäftskreis und Geschäftstechnik der Hypothekenbanken. — Geschäftstechnik. — Heutiger Stand der Hypothekenbanken. — Kritische Würdigung der heutigen Verhältnisse des schweizerischen Hypothekenbankwesens und Vorschläge für die Zukunft. — Ein Wort zur Frage der Errichtung einer staatlichen schweizerischen Hypothekenbank.

Grundriss der Sozialökonomik. I. Abteilung. Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft. Bearbeitet von K. Bücher, J. Schumpeter, Fr. Freiherrn von Wieser. Preis brosch. 11.— *M*, geb. 13.50 *M*, in der Subskription brosch. 10.— *M*, geb. 12.— *M*. Tübingen 1914, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck.)

Grundlagen der Wirtschaft. — Wirtschaft und Wirtschaftwissenschaft. — Volkswirtschaftliche Entwicklungstufen. — Von Karl Bücher. — Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte. Von Joseph Schumpeter. — Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft. Von Friedrich Freiherrn von Wieser.

— — II. Abteilung. Die natürlichen und technischen Beziehungen der Wirtschaft. Brosch. 9.— *M*, geb 11.50 *M*, in der Subskription brosch. 8.— *M*, geb. 10.— *M*. Bearbeitet von Fr. von Gottl-Ottlilienfeld, H. Herkner, A. Hettner, R. Michels, P. Mombert, K. Oldenberg.

Die natürlichen und technischen Beziehungen der Wirtschaft. — Die geographischen Bedingungen der menschlichen Wirtschaft. Von Alfred Hettner. — Wirtschaft und Bevölkerung. — Bevölkerunglehre. Von Paul Mombert. — Wirtschaft und Rasse. Von Robert Michels. — Die Konsumtion. Von Karl Oldenberg. — Arbeit und Arbeitteilung. Von Heinrich Herkner. — Wirtschaft und Technik. Von Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Actien-Brauerei Ohligs, Ohligs, 6. 2., 3. 2., 11. 1. • Actienbrauerei Union A.-G., Saarbrücken 3. 30. 1., 27. 1., 8. 1. • Actienbrauerei „Union“ (vormals C. Ueberlé und E. Charlier), Trier, 30. 1., 27. 1., 8. 1. • A.-G. Chromo, Altenburg S.-A., 23. 1., 22. 1., 16. 12. • A.-G. J. B. Eder Ziegelwerke, Mannheim, 25. 1., —, 2. 1. • A.-G. Hackerbräu. München, 30. 1., 26. 1., 2. 1. • A.-G. Industrie- & Oekonomiebetrieb Möding, Landau a. Isar, 22. 1., 18. 1., 15. 12. • A.-G. Porta Westphalia, Minden, 25. 1., —, 7. 1. • A.-G. für Fuhrwesen, Leipzig, 29. 1., —, 30. 12. • Automobil-Fuhrwesen Kandelhardt A.-G., Berlin, 30. 1., 25. 1., 4. 1. • Automobil-Omni- 15. 12. • A.-G. Porta Westphalica, Minden, 25. 1., städt, 30. 1., —, 29. 12.

Banque de Mulhouse, Mülhausen i. E., 25. 1., 20. 1., 4. 1. • Barther Actien-Dampfmühle, Barth, 4. 2., 31. 1., 12. 1. • Bayerische Brauerei-Gesellschaft,

Kaiserslautern, 3. 2., —, 14. 1. • J. P. Bemberg A.-G., Barmen, 25. 1., 20. 1., 4. 1. • Bielefelder Volkskaffeehaus A.-G., Bielefeld, 23. 1., —, 2. 1. • Bierbrauerei Josef Schmitz A.-G., Aachen, 1. 2., 27. 1., 9. 1. • Bierbrauerei zum Sternen v. J. Graf A.-G., Gottmadingen, 23. 1., 21. 1., 2. 1. • Böhmisches Brauhaus A.-G. vormals J. H. Bernecker, Insterburg, 30. 1., 27. 1., 14. 1. • Bonner Pfälzerkneipe, Berlin, 30. 1., —, 6. 1. • Brauerei W. Isenbeck & Co., A.-G., Hamm/Westf., 23. 1., 19. 1., 28. 12. • Brauerei Löwenburg vormals Carl Diehl A.-G., Zweibrücken, 6. 2., 3. 2., 4. 1. • Brauerei Thale A.-G., Thale i. H., 28. 1., 23. 1., 8. 1. • Brauerei zum Feldschlösschen A.-G., Dresden, 27. 1., 24. 1., 2. 1. • Brauhaus Wittstock A.-G., Wittstock/Dosse, 23. 1., —, 29. 12. • Bruchsaler Brauerei A.-G., Bruchsal, 26. 1., 23. 1., 6. 1. • Bürgerliches Brauhaus A.-G. vorm. E. Radtke, Osterode, Ostpr., 5. 2., 30. 1., 11. 1.

Chemische Fabrik A.-G. vormals Moritz Milch & Co., Posen, 30. 1., 25. 1., 4. 1. • Comptoir d'Escompte de Mulhouse, Mülhausen, 28. 1., 23. 1., 8. 1.

Delitzscher Schokoladenfabrik A.-G. vormals Gebr. Böhme, Delitzsch, 26. 1., 22. 1., 5. 1. • Deutsch-Argentinische Zucker-Plantagen A.-G. Cruz Alta, Hamburg, 2. 2., 1. 2., 11. 1. • Deutsche Babcock & Wilcox Dampfkessel-Werke A.-G., Oberhausen, Rhld., 30. 1., 25. 1., 30. 10. • Deutsche Bierbrauerei A.-G., Berlin, 28. 1., 25. 1., 2. 1. • Deutsche Mineralöl-Industrie A.-G., Berlin, 25. 1., 20. 1., 31. 12. • Anton Chr. Diepe A.-G., München, 25. 1., 20. 1., 30. 12. • Carl Dürfeld A.-G., Chemnitz, 28. 1., 24. 1., 29. 12.

Eberswalder Brauerei A.-G., Eberswalde, 28. 1., —, 8. 1. • Eisenwerk München A.-G. vormals Kiepling - C. Moradelli i. Liqu., Meiningen, 2. 2., 28. 1., 11. 1. • Elite-Motorenwerke A.-G., Brand-Erbisdorf, 23. 1., 14. 1., 28. 12. • Erste Deutsche Heidekultur A.-G., Geestemünde, 25. 1., 22. 1., 31. 12.

Fabrik isolierter Drähte zu elektrischen Zwecken (vorm. J. C. Vogel Telegraphendraht-Fabrik) A.-G., Berlin, 23. 1., 20. 1., 24. 12. • Farbwerke Friedr. & Carl Hessel A.-G., Nerchau, 30. 1., —, 13. 1. • C. Fechner A.-G., Sorau N.-L., 30. 1., 27. 1., 9. 1. • Fürstenwalder Creditbank A.-G., Fürstenwalde, 3. 2., —, 14. 1. • Flensburger Schiffparten-Vereinigung A.-G., Flensburg, 30. 1., 29. 1., 4. 1. • Frankonia Schokolade- und Konserven-Fabrik vorm. W. F. Wuderer & Co. A.-G., Würzburg, 6. 2., 2. 2., 14. 1.

Gaswerk Gross-Ottersleben A.-G., Bremen, 30. 1., 27. 1., 8. 1. • Gas- und Electricitätswerke Drossen A.-G., Bremen, 30. 1., 27. 1., 8. 1. • Gemeinnützige Actien Baugesellschaft Elsen, Grevenbroich, 25. 1., —, 6. 1. • Gilden-Brauerei A.-G., Dortmund, 29. 1., 25. 1., 8. 1. • Glashütte Bonnshausen A.-G., Stade, 2. 2., 28. 1., 13. 1. • Glasurit Werke M. Winkelmann A.-G., Hamburg, 30. 1., —, 13. 1. • C. Grossmann, Eisen- und Stahlwerke A.-G., Wald, 20. 1., 19. 1., 4. 1.

Hanauer Kunstseidefabrik A.-G., Hanau a. M., 30. 1., —, 7. 1. • Hannoversche Baumwollspinnerei und Weberei, Hannover, 28. 1., 12. 1., 4. 1. • Hannoversche Portland-Cementfabrik A.-G., Hannover, 3. 2., 1. 2., 7. 1. • C. Heckmann A.-G., Düsseldorf, 6. 2., 3. 2., 7. 1. • Otto Henning A.-G., Greiz, 2. 2., —, 14. 1. • M. & L. Hess Schuhfabrik A.-G., Erfurt, 30. 1., 25. 1., 8. 1. • Höcherlbräu A.-G., Culm a. W., 30. 1., 25. 1., 9. 1. • Hochseefischerei „Nordstern" A.-G., Geestemünde, 26. 1., —, 8. 1. • Hofbierbrauerei Schöfferhof und Frankfurter Bürgerbrauerei A.-G., Frankfurt a. M., 30. 1., 25. 1., 23. 1. • Hofbräu A.-G. Bamberg, Bamberg, 23. 1., —, 24. 12. • Hohenlohe-Nährmittelfabrik A.-G., Gerabronn, 30. 1., 26. 1., 2. 1. • Hotel A.-G. Bad Elster, Bad Elster, 30. 1., 27. 1., 5. 1.

Kaffee- und Lebensmittel-Vertriebs-A.-G. Max Müller & Co., Berlin, 30. 1., —, 6. 1. • Kapuzinerbräu A.-G., Kulmbach, 28. 1., 25. 1., 5. 1. • Kartomat A.-G. für Apparatebau, Staaken, 30. 1., 26. 1., 12. 1. • Kasseler Hafer-Kakao-Fabrik Hansen & Co. A.-G., Cassel, 26. 1., 23. 1., 2. 1. • Kleinbahn A.-G. Neustadt-Prüssau, Neustadt/Wpr., 22. 1., 18. 1., 28. 12. • Kreis Altenaer Schmalspur-Eisenbahn-A.-G., Lüdenscheid, 29. 1., 26. 1., 13. 1.

Löwenbrauerei A.-G. vormals J. Busch, Mannheim, 26. 1., 22. 1., 24. 12. • Lycker Kleinbahn A.-G., Königsberg i. Pr., 1. 2., 28. 1., 6. 1.

Mälzerei A.-G., Hamburg, 26. 1., 22. 1., 2. 1. • Moritz Marx Söhne A.-G., Karlsruhe, 30. 1., 26. 1., 30. 12. • Maschinenfabrik Esterer A.-G., München, 25. 1., 21. 1., 31. 12. • Mecklenburgische Rückversicherungs-A.-G., Schwerin i. M., 30. 1., —, 13. 1. • Dr. Paul Meyer A.-G., Berlin, 2. 1., 17. 1., 2. 1. • Mosbacher Actienbrauerei vorm. Hübner, Mosbach, 30. 1., —, 28. 12. • Münchener Möbelwerkstätten A.-G., München, 30. 1., 26. 1., 13. 1.

Nassau-Selterser Mineralquellen-A.-G., Limburg a. d. Lahn, 31. 1., —, 11. 1. • Nord und Süd Allgemeine Versicherungs-Bank A.-G., Berlin, 4. 2., —, 11. 1. • Norddeutsche Holzindustrie A.-G., Königsberg i. Pr., 25. 1., 22. 1., 2. 1.

Ostpreussische Dampf-Woll-Wäscherei A.-G., Königsberg i. Pr., 26. 1., 23. 1., 4. 1.

Pantherwerke A.-G., Braunschweig, 26. 1., 23. 1., 23. 12. • Passauer Innsteg-A.-G., Passau, 5. 2., —, 13. 1. • Patria Kranken- und Sterbegeld-Versicherungsbank A.-G., Berlin, 4. 2., —, 11. 1. • Pfalzwerke A.-G., Ludwigshafen a. Rh., 28. 1., —, 28. 12. • Prestowerke A.-G., Chemnitz, 6. 2., 29. 1., 12. 1.

Reiniger, Gebbert & Schall A.-G., Erlangen, 21. 1., 18. 1., 4. 1. • Reinstrom & Pilz A.-G., Leipzig, 30. 1., 25. 1., 19. 12. • Residenz-Hotel und Café A.-G., Breslau, 2. 2., 27. 1., 9. 1. • Rheinische Automobil-Gesellschaft A.-G., Mannheim, 2. 2., 28. 1., 8. 1.

Solbad Segeberg A.-G., Segeberg, 28. 1., —, 13. 1. • Sömmerdaer Zeitung A.-G., Erfurt, 6. 2., 2. 2., 28. 12.

Schuchmannsche Brauerei A.-G., Heilbronn, 3. 1., 30. 1., 9. 1. • Schwabingerbrauerei in München A.-G., München, 23. 1., 19. 1., 30. 12.

Steiger Brauerei A.-G. vormals Gebrüder Treitschke, Erfurt, 28. 1., 26. 1., 4. 1. • Strassburger Münsterbräu A.-G. (Vereinigte Hahnenbräu-Adelshoffen Brauereien), Baden-Baden, 1. 2., 30. 1., 14. 1. • Strassenbahn Mülhausen-Eusisheim-Wittenheim, Mülhausen i. Els., 29. 1., 27. 1., 14. 1.

Terraingesellschaft Osnabrück-Nordwest (A.-G.), Osnabrück, 1. 2., —, 13. 1. • Tilsiter Actien-Brauerei, Tilsit, 28. 1., 23. 1., 2. 1. • Tramways Mülhausen, Mülhausen i. Els., 29. 1., 28. 1., 14. 1.

Vereinigte Brauereien A.-G., Frankfurt a. M., 30. 1., 25. 1., 24. 12. • Vereinigte Dampfbrauereien Saalfeld A.-G., Saalfeld a. S., 23. 1., —, 13. 11. • Vereinigte Freiburger Uhrenfabriken A.-G. inkl. vormals Gustav Becker, Breslau, 28. 1., 23. 1., 7. 1. • Vereinigte Grätzer Bierbrauereien A.-G., Grätz i. P., 25. 1., 21. 1., 28. 12. • Vereinsbrauerei A.-G., Eilenburg, 25. 1., 22. 1., 2. 1. • Vereinsbrauerei Tilsit, Tilsit, 30. 1., 27. 1., 9. 1. • „Vulkan" Maschinenfabrik A.-G., Budapest, 30. 1., 21. 1., 13. 1.

Waggonfabrik A.-G. vorm. P. Herbrand & Cie., Cöln, 30. 1., 22. 1., 6. 1. • Waggon- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. Busch, Bautzen, 30. 1., 24. 1., 7. 1. • Walheimer Kalkwerke A.-G., Cöln a. Rhein, 30. 1., —, 2. 1. • Wesermühlen A.-G., Hameln, 29. 1., 25. 1., 6. 1. • Wittlager Kreisbahn A.-G., Bohmte, 30. 1., —, 6. 1.

Zuckerfabrik Kosten, Kosten, 22. 1., —, 23. 12.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Goslar in Charlottenburg.